Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...ungspreis 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...ger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Kerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.): 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 35 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Kerchenfeldstr. 14

...preis 10 Pfennig | Halle, Donnerstag, den 24. November 1932 | 12. Jahrgang, Nr. 272

...er Winter der tiefsten Not

...die Kommunisten kämpften immer gegen Massenelend und Massennot — Katastrophe in Mitteldeutschlands Gemeinden
Kapitalistische Wahnsinnspolitik beraubt 2000 Frauen und Kinder ihrer Ernährer

Kapitalshyänen legen Betriebe still

...rk Krügershall soll auf Beschluß der Kalibarone ab 1. Dezember 1932 stillgelegt werden!

Halle, den 24. November.

...er Hungerschleicht durch die Gassen der Arbeiterviertel der Städte und der Ar...dörfer Mitteldeutschlands. Die Lage der Finanzen in den Gemeinden ist zur Katastrophe ge...n. Was schert das die Kapitalshyänen in ihrem Kampfe um den Profit? Die Kali...tigen kämpfen seit Jahren in ihren Konzernen einen erbitterten Kampf um die Profitrate. Der ...kampf geht in Mitteldeutschland zwischen dem Burbach-Konzern und dem Wintershall-Konzern. ...er Stärkere ist, erhält die Beschäftigungsquote für seinen Betrieb übertragen. Schon vor zwei ...n umgingen die Kalibergwerksbesitzer das Kali-Wirtschaftsgesetz, nach dem sie bei Stillegung ...ntlassenen Arbeitern und Angestellten den Arbeitsverdienst bis zur Dauer von 26 Wochen er...n müssen. Die Gewerkschaftsbürokratie war einverstanden, daß den Entlassenen nur eine ein...e Abfindung gegeben wurde. Zum 1. Dezember soll nun das Kaliwerk Krügers...bei Teutschenthal stillgelegt werden. 600 Bergarbeiter und Angestellte werden ...mehr als 2000 Familienangehörige bitterer Not und Elend ausgeliefert, ...e Gemeinde Wansleben, auf deren Flur sich das Kaliwerk Krügershall befindet, kann durch den ...ausfall nicht mehr die Unterstützung zahlen an die Wohlfahrtserwerbslosen. Der Ruin von Tausen...n Menschen angesichts des bevorstehenden Hungerwinters ist sicher.

...Skandal des Burbach-Konzerns

...ch wenige Wochen her, als die gesamte bürgerliche ...presse berichtete, daß die verantwortlichen Leiter des Burbach-Konzerns, zu dem das Kaliwerk Krügershall gehört, eine betrügerische Börsenschiebung vorgenommen hatten, bei welcher sie dem Konzern 60 Millionen Mark abnahmen. Die Gesellschaft beabsichtigt jetzt anscheinend Krügershall als „gefährdeten Betrieb" zu bezeichnen und nach vorübergehender Stillegung den durch die Papen-Notverordnung in solchen Fällen vorgesehenen 20prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Damit sollen die Profite wieder gesteigert werden.

Es soll am Montag eine Regierungskommission kommen, um die letzte Entscheidung zu fällen. Die Kumpels dürfen sich keineswegs auf diese Kommission verlassen. Mobilisierung aller Gemeinden, da auch Teutschenthal, Zappendorf, Eisdorf und Bennstedt als Wohngemeinden in Frage kommen, sofortige Mobilisierung der Braunkohlengruben des Oberröblinger Reviers und der Erwerbslosenmassen für Einheitsaktion gegen diese Verschärfung von Hunger und Elend durch die Kalibarone!

Die kommunistische Landtagsfraktion hat

in Form einer großen Anfrage einen Vorstoß gegen die Stillegung von Krügershall im Preußenlandtag eingeleitet. In dieser Anfrage heißt es sehr richtig, daß die Stillegung nicht wegen Unwirtschaftlichkeit oder Erschöpfens der Kalivorräte erfolgt. Es ist schon so, daß die Aufrechterhaltung der Höhe der Profitrate der Kaliönige der alleinige Grund für diese rücksichtslose und brutale Maßnahme der Kaligewaltigen ist.

*

Ganze Industriezweige Mitteldeutschlands sind ausgestorben, die Riesenwerke haben ihre Belegschaften bis auf einen Bruchteil verringert. Sogar die bürgerliche Presse ist gezwungen, über die Elendslage der mitteldeutschen Industriedörfer zu schreiben. Das „Berliner Tageblatt" brachte vor einigen Tagen das Beispiel eines mitteldeutschen Dorfes in der Nähe des Leuna-Werkes:

Die Fieberkurve „Wohlfahrtsempfänger" wird aufgezeigt; am 1. April 1930 ein Wohlfahrtsempfänger, am 1. November 1932 96 Wohlfahrtsempfänger. Weit über zwei Drittel aller Haushaltungen leben von Unterstützungen oder Renten. Nur noch 15 Arbeitslose erhalten von der Reichsan-

...Betriebe ...schließen: Nieder mit Hitler!

...eiterproteststreik in Halle — Eisenbahner mobilisieren gegen Hitler-Regierung
Zahlreiche Demonstrationen im Reich — Gebt Barti frei!

...Eig. Meldung.) Halle, den 24. November.

...Mann starke Belegschaft der Firma Karl Brand ...ntzer einen halbstündigen Proteststreik gegen die ...schistische Gefahr durch. In einer einstimmig ...nen Resolution heißt es:

...Bauarbeiter von Halle, die erst vor wenigen ...en selbstgewählten Kampfleitungen durch acht...stündigen Streik den Papen-Lohn...schlagen, beschlossen als Kampfgelöbnis gegen ...ende faschistische Regierung den halbstündigen Proteststreik. Dieser soll ein Signal sein ...ganze Arbeiterschaft Mitteldeutschlands zur Mobi...ung der Kräfte. Die Hallischen Bauarbeiter appellieren ...organisierten und unorganisierten Arbeiter, in ...Betrieben sofort Belegschaftsver...ungen durchzuführen und entsprechende ...Resolutionen fassen... Nieder mit der faschistischen Dikta...r in jeder Form! Es lebe der Freiheitskampf ...der Arbeiterklasse!"

...lischen Bahnmeistereien, in Bm. IV ...sprachen heute morgen vor Schichtbeginn Re...der Kommunistischen Partei und ...n den Eisenbahnern. Sie hielten kurze, an...ende, die von den Eisenbahnern mit Beifall auf...nommen wurden. In beiden Versammlungen wurden ...Entschließungen gegen das Chemnitzer Todesurteil ...faschistischen Arbeiter Barti angenommen. ...Entschließung wird weiter betont, daß die ...ter mit allen ihnen zu Gebote ...enden Mitteln gegen alle faschistischen ...Angriffs- und Unterdrückungsmaß...nahmen kämpfen werden, ganz gleich, von wem ...sie kommen. Die Eisenbahner forderten weiter von sich aus ...Versammlungen und überhaupt eine Verbreite...rung der Mobilisierungsarbeit. An sechs Dienststellen wurden heute morgen ca. 1000 kommunistische Flugblätter verteilt. Die Eisenbahnverwaltung ist wegen der Vorfälle in großer Nervosität.

*

Wie wir erfahren, fand gestern im Waschraum des Reichsbahn-Ausbesserungs-Werks Halle eine kurze Versammlung statt, in der nach den Ausführungen eines Kollegen eine ähnliche Resolution angenommen wurde.

Auf dem Baublock der Gaglah in Halle wurden gestern mittag überall Belegschaftsversammlungen durchgeführt. Es wurde beschlossen, am Freitag nach Arbeitsschluß erneut zur Lage Stellung zu nehmen und dann einheitliche Beschlüsse für alle Belegschaften der dort tätigen fünf Firmen zu fassen.

*

In Braunschweig nahm eine Funktionärsitzung des Betriebes Voigtländer, mit 800 Mann Belegschaft, Stellung zur Gefahr der Verschärfung der faschistischen Diktatur. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Streikfertigmachung des Betriebes beschlossen.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß gestern überall spontane Demonstrationen gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur stattfanden.

Aus Kassel wird berichtet, daß es anläßlich einer nächtlichen Luftschutzübung zu großen Arbeiterdemonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und jede Verschärfung der Diktaturmaßnahmen kam. Der Bezirksleiter der KPD, Genosse Barthel, wurde trotz seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter verhaftet.

In Chemnitz protestierten eine Reihe von Betrieben und Belegschaftsversammlungen gegen das Todesurteil. Außerdem kam es nach bürgerlichen Meldungen zu Demonstrationen gegen eine Hitler-Regierung und für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen.

Die schwarz-braune Freundschaft ist nunmehr auch im Bayrischen Landtag wieder hergestellt. Die von der Held-Regierung vor einigen Wochen ausgeschlossenen Nazis durften wieder in den Landtag zurückkehren.

Präsidialkabinett mit den Nationalsozialisten

Mit „feinen Leuten" kuhhandelt Hitler

Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha.

Dr. Hjalmar Schacht, der frühere Reichsbankpräsident.

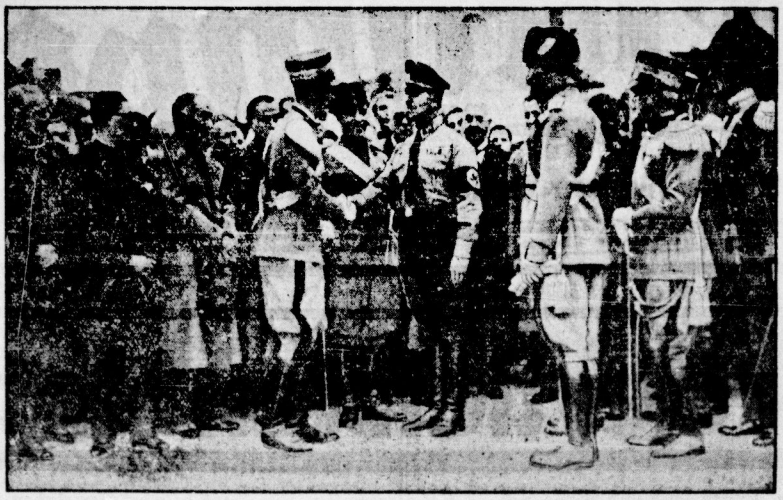
(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. November.

Nachdem Hitler in seinem Antwortschreiben an Hindenburg seine volle Bereitschaft für die Durchführung des Papenschen Kurs erklärt hat, aber die Uebernahme eines Präsidialkabinetts durch seine Person verlangt, versucht der Herzog von Koburg und der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht eine Lösung durch die Wiederherstellung der Harzburger Front.

Während die Arbeiterschaft in Demonstrationen, Proteststreiks und Streikbeschlüssen sich vorbereitet, um die Bildung einer Nazi-Regierung zu verhindern, bringt auch der heutige Morgen-„Vorwärts" nichts weiter als dumme Spaße über die politischen Ereignisse. Der „Vorwärts" und die gesamte SPD-Presse versuchen absichtlich die Lage zu verschleiern, um die Arbeiterschaft von ihren Kampfmaßnahmen abzuhalten. Desto mehr müssen wir alle Kräfte einsetzen zur Mobilisierung der Einheitsfront gegen faschistische Diktatur. Die Lage ist sehr ernst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0001

Noch ein Schanddokument über die Hitler-Schande in Bo



Wie wir gestern bereits durch ein Bilddokument w hat die Nazi-Partei eine feierliche Abordnung rung des zu zwei Jahren Zuchthaus ver flüchtigen Bombenwerfers Eicke offiziell w lichkeiten, die der Faschismus in Südtirol veranstalten Heute zeigen wir ein weiteres Bilddokument, das den Hitlers, Eicke, in dem Augenblick darstellt, wie er am faschistischen Siegesdenkmals über die tätigen Deutschen von Südtirol inmitten Offiziere von dem Herzog von Pistoria im Mussolinis mit herablassendem Händeschütteln begr

*

So rutschen die Hitler und Komplicen Bauch vor den Schöpfern und Nutznießern des Ver trages, so demonstrieren sie den Interessenten des Ver daß sie die besten Garanten des Versailler Sklavenfri

Nur wir Kommunisten zeigen den Massen den Weg zur nationalen Befreiung, den Kampfes gegen Versailles. Dieser Weg wurde zeichnet durch die Worte unseres Führers Ernst Th der in Berlin die Grüße des revolutionären Pariser Vo vor dem er gesprochen hatte, überbrachte, und im Ge Rede die Worte prägte:

„Der Kampf gegen Versailles ist nic trennen vom Kampf gegen die o Bourgeoisie, und nur wir Kommunisten ihn."

Nicht der Nationalismus der Kriegshetzer und kreuzes wird den Massen nationale und soziale Befreiung Nur in brüderlicher proletarischer Inter nalität werden die Werktätigen über alle Grenzen hi meinsam im Kampfe gegen ihren Klassenfeind be erringen.

stalt Alu oder Krise. Für Fürsorgemaßnahmen mußte diese Gemeinde ausgeben im Etatjahr 1924/25 2100 Mark, 1931/32 45 682,47 Mark. Seit 1. April sind schon bis 1. November ausgegeben 37 000 Mark. Kein Wunder! Von 80 Leuna-Proleten aus diesem Dorf sind heute 64 arbeitslos und fallen der Gemeinde als Wohlfahrtsempfänger zur Last. Das Land Preußen gibt kein Geld mehr. Steuerzahlungen werden immer geringer. Von den wenigen Kleingewerbetreibenden und Händlern ist nichts zu holen. In den kahlen, aber immer noch sauberen Arbeiterwohnungen herrscht nahloses Elend. Das alles schildert der bürgerliche Berichterstatter.

Wer gegen dieses Elend kämpft, wird bestraft

Das amtliche Wolffsche Telegraphenbüro berichtet aus Merseburg, daß die Dienststrafkammer bei der Regierung eine große Anzahl kommunistischer Gemeindeschöffen aus mitteldeutschen Dörfern, kommunistische Magistratsmitglieder aus mitteldeutschen Städten zur Amtsenthebung verurteilt hat. Sie forderten vor zwei Jahren zum Steuerstreik auf, damals, als die ersten notverordneten Steuern der Brüning-Regierung erschienen. Diese Genossen taten ihre Pflicht gegenüber ihren werktätigen Wählern. Die Antwort war die Maßregelung durch die herrschende Klasse. Wieviel Opfer an Blut und Freiheit hat der Kampf der Erwerbslosen um die nackte Existenz Mitteldeutschlands Arbeiterdörfern seitdem gekostet.

Aber die Massen wollen nicht verelenden, nicht erfrieren, nicht verhungern.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Anarchie feiert Triumphe, wie das Beispiel von Krügershall erneut zeigt. Rings um die hungernden Dörfer liegen die vollen Speicher mit Getreide und Kartoffeln, die den mitteldeutschen Großagrariern Boltze, Zimmermann, Wenzel, Graf Wuthenau usw. gehören. Rings um die frierenden Elendshütten liegen gewaltige Halden Kohlen, die verwittern und verbrennen. Der Reichserwerbslosen-Ausschuß hat auf Vorschlag der Vertreter der KPD am letzten Sonntag einen Aufruf an die Erwerbslosen und Werktätigen in Stadt und Land angenommen. In ihm heißt es zum Schluß:

Formiert die gemeinsame Kampffront, stoßt vor in jeder Gemeinde, mobilisiert den letzten Mann, die letzte Frau, den letzten Jugendlichen, das letzte Arbeitermädel! Es geht um die Verteidigung des nackten Lebens gegen die drohende Hungersnot! Millionenfach muß der Kampfruf durch ganz Deutschland hallen: Rettung vor Hunger und Frost! Oeffnung der Speicher und Halden! Auslieferung der gewaltigen Ueberschüsse!

Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Kommunistische Anträge

im heute zusammentretenden Preußen-Landtag

Die kommunistischen Landtagsabgeordneten unseres Bezirks werden durch den Genossen Schlag eine große Anfrage über die Stillegung des Kaliwerkes Krügershall heute im Preußen-Landtag einbringen.

Ferner kommt heute ein kommunistischer Urantrag zur Abstimmung, in welchem die Einstellung aller Disziplinar- und Strafverfahren gegen kommunistische Gemeindefunktionäre verlangt wird, die im Bezirk Halle-Merseburg im Jahre 1930 anläßlich der Steuerstreikkampagne anhängig gemacht wurden. Im Antrage wird die Wiedereinsetzung aller ihres Amts enthobenen Kommunalfunktionäre in die ihnen von den werktätigen Massen übertragenen Positionen verlangt.

Verboten, Verboten!

Nachdem der Polizeipräsident von Halle, Dezle, bereits den am Dienstag von der Internationalen Arbeiter-Hilfe in Halle geplanten proletarischen Kulturabend verboten hatte, hat er dies neuerdings auch für den als geschlossene Mitgliederveranstaltung gedachten und für den Freitag angesetzten Kulturabend getan. Auch zu diesen unerhörten Verboten muß die Arbeiterschaft Stellung nehmen und schärfstens dagegen protestieren.

In Berlin ist ein großer Betrugsskandal aufgedeckt worden, in den zahlreiche leitende Beamte der Berliner Oberpostdirektion verwickelt sind. Es handelt sich um den Bankrott einer Siedlungsgesellschaft.

SPD-Führer rufen: „Nazis an die Regierun

Am 17. Juli schrieb der „Vorwärts": „Wir werden, wenn es um die Lebens- und Grund der Arbeiterklasse geht, ohne zu zaudern und mit der vollen Wucht der Organisa schlagen."

Drei Tage später

war der Zeitpunkt zum Losschlagen da. Wo waren da die Severing und Braun? A Flucht! Jetzt, wo Hindenburg den Hitler zum Kanzler der Reichen machen will, der „Vorwärts" das als „korrekt". Und die Düsseldorfer SPD-„Volkszeitung" schr 18. November:

„Wir wünschen, daß die Nazis endlich an der Regierung beteiligt werden, selbst auf fahr hin, daß sie in Preußen zu gleicher Zeit die Exekutive oder einen Teil der Exek die Hand bekommen."

SPD-Arbeiter, ist das auch eure Meinung? Macht Schluß mit euren Führ eine neue faschistische Regierung genau so tolerieren wollen, wie sie Papen durch gung außerparlamentarischer Kämpfe gestützt haben.

SPD-Arbeiter, mit uns für den antifaschistischen Ka

156000 mehr!

Riesige Zunahme der Erwerbslosigkeit

Amtlich wird zugegeben daß in der ersten Hälfte des November die Arbeitslosenzahl sich um 156 000 auf 5 265 000 erhöht hat. Daß diese Summe um mindestens 2 Millionen unter der wirklichen Arbeitslosenzahl liegt weiß mittlerweile alle Welt. Wie barbarisch und hartherzig die Frage des Unterstützungsbezuges geregelt ist, geht daraus hervor, daß trotz der Zunahme um 156 000 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger amtlich nur um 10 000 höher angegeben wird. Ja, in der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um 13 000 zurückgegangen auf 1 126 000. Lakonisch bemerkt der amtliche Bericht dazu: „Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen."

Her mit Kartoffeln und Brot, her mit Kohle für die hungernden und frierenden Erwerbslosen, die mit ihren Angehörigen ein Drittel des deutschen Volkes ausmachen! Lager auf und Halden frei für die Erwerbslosen!

Weise Söhne, Halle, legt still!

Dem Stillegungsantrag der Metallfirma Weise & Söhne, Halle, ist nunmehr stattgegeben worden. Die Arbeiter sollen am 1. Dezember den Betrieb verlassen, die Angestellten am 1. Januar 1933. Es handelt sich um 15 Angestellte und 35 Arbeiter, die meist zehn bis fünfzehn Jahre im Betrieb sind.

So sieht die kapitalistische „Wirtschaftsankurbelung" aus. Wenn die Metallindustrie keine Sowjetaufträge mehr bekommt, dann geht sie schlafen.

Hitlers Banden rufen nach Polizei

gegen die hungernden Erwerbslosen

Der „Völkische Beobachter" und der „Angriff" von gestern bringen wüste Angriffe gegen die vom Reichserwerbslosenausschuß eingeleitete Kampagne zur Rettung vor Hunger und Frost, für Oeffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden zugunsten der Erwerbslosen. Offen rufen die braunen Banditen, während sie im luxuriösen „Kaiserhof" mit Hochfinanz und Adel paktieren, gegen die hungernden Erwerbslosen nach der Polizei.

Diese Hetze muß eine millionenfache Antwort aller Werktätigen hervorrufen zur Mobilisierung der kämpfenden Einheitsfront. Heraus mit dem Ueberfluß an Kohlen und Kartoffeln für die hungernden Erwerbslosen!

Anhalter Nazi-Regierung verfügt 12½ Prozent [illegible]

Die Nazi-Regierung in Anhalt hat beschlossen, eine 12½prozentige Gehaltskürzung bei den Beamten vorzunehmen. Die Regierung hatte die Beamtenverbände vor die Entscheidung gestellt, weder eine Gehaltskürzung hinzunehmen oder sich mit Kürzung des sogenannten Rollsystems abzufinden. Das ist ein wobei in acht Monaten die Einsparung eines Monatsgehalts gen soll. Mit dieser Methode kürzt man den Beamten bis um 12½ Prozent.

In den Ländern, wo die Nazis regieren, den Hugenbergern in einer Koalition sitzen, werden Notverordnungen der Papen-Regierung bis ten durchgeführt.

Feiges Gewinsel des „Volksblatt

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat alle sozialdemokratischen Zeitungen für Rheinland und Westfalen insgesamt 11 Blätter, für fünf Tage verboten. Verbotsgrund wird ein Artikel „Brachts komödienhafte Ehrung" angeführt. Das Verbot stützt sich auf die berüchtigte 48-Verordnung Brünings, die insbesondere in der Pressekneblung von dem Sozialdemokrat Severing „ge nach seinem eigenen Geständnis — worden war.

Davon schreibt das „Volksblatt" natürlich nichts. Aber ein feiges Gewinsel an darüber, daß man das ausgerechnet der SPD-Presse des Rheinlandes antut, die doch

„während des Ruhrkampfes ihre nationale Pflicht dann noch erfüllt habe, als die Bourgeoisie den Ruhrkampf schon abgebrochen hatte."

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesem lichen Gestammel des „Volksblatts", das sich bedingungslos Blatt einer Lakaienpartei der Bourgeoisie neut erweist?

Trotzkis Empfang in Kopenhagen

(Eig. Drahtm.) Kopenhagen, 24. N

Als Trotzki in Kopenhagen eintraf, bildeten sich bei der treffen große Demonstrationen, die sich gegen Kontrerevolutionär Trotzki richteten. Die brachten Rufe gegen Trotzki aus, so daß derselbe von der Arbeiterschaft unter Polizeischutz genommen werden mußte.

Der Schriftsteller Egon Erwin Kisch wurde an der schen Grenze von Grenzbeamten aus dem Zuge geholt mitgeteilt, daß seine Einreise nach Oesterreich verboten kam aus der UdSSR und wollte in Wien Vorträge halten.

Die an dem [illegible] tempo verdächtig und flüchtig gewesenen SA-Leute Gr Duzki sind in Retze verhaftet worden.

Der Reichsbannerarbeiter Klein wurde von dem Sondergericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0002

Der 12. Parteitag der KP. Großbritanniens

Unsere englische Bruderpartei hat in der vorigen Woche in ihrem 12. Parteitag abgeschlossen. Dieser Parteitag war von der wichtigsten in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Er fand statt im Zeichen des revolutionären Aufschwungs in England, in allen Dominions und Kolonien des britischen Imperiums.

Wie in der ganzen kapitalistischen Welt ist auch in England, in allen kapitalistischen Land der Erde, das Ende der kapitalistischen Stabilisierung herangekommen. Mit etwa drei Millionen Arbeitslosen und einer stets sinkenden industriellen Produktion erlebt England eine gewaltige Verschärfung der Klassenkämpfe, wie sie seit der Chartistenbewegung in diesem Lande nicht mehr gesehen wurde. Die Welle der Arbeitslosenkämpfe, die das Land überflutete, die riesigen Streiks in den Industriezentren von Lancashire, legen beredtes Zeugnis ab für die Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse, für die Verschärfung der Vertiefung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe.

Doch während die soziale Revolution immer stürmischer und stärker an die Tore des alten Englands klopft, branden auch von neuem her an die Mauern der alten kapitalistischen Hochburg Kräfte, die die Fundamente des großen Imperiums zu unterwühlen drohen. In Irland erheben sich die Werktätigen zum antiimperialistischen Kampf, und immer schwieriger wird es dem Regime De Valera, den Ausbruch von großen nationalrevolutionären Kämpfen in diesem Lande zu verhindern. Selbst die Politik des Massakers Macdonalds können das 300-Millionen-Volk Indiens nicht wieder zur Ruhe bringen. Immer unentwirrbarer ziehen sich die Knoten der imperialistischen Gegensätze, in welche Großbritannien verwickelt ist. Die mächtige Konkurrenz der Vereinigten Staaten bedroht England in seinen eigenen Dominions. Die japanische Konkurrenz versucht mit einigem Erfolg, die englische Textilindustrie vom indischen Markt zu verdrängen.

In dieser Situation hat unsere englische Bruderpartei gewaltige Aufgaben zu erfüllen. So hatte auch der 12. Parteitag der KP. Großbritanniens jene Wege zu finden, die es der Partei ermöglichen, die Kämpfe der Arbeitermassen im Bündnis mit den Massen der Kolonialvölker zu führen.

Der Parteitag stellte fest, daß die Partei ihre noch immer bestehende Isolierung von den breiten Massen der Werktätigen überwinden und eine entscheidende **Wendung zur revolutionären Massenarbeit** zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse durchführen muß, um ihre Aufgaben der Führung der großen Klassenauseinandersetzungen erfüllen zu können. Im Vordergrunde der Parteitagsberatungen standen deshalb die Ziele und Wege zur Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, zur Entwicklung und Verstärkung der **revolutionären Massenarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften** und in den Betrieben, der Vorbereitung und Führung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiter und Erwerbslosen. Ohne diese revolutionäre Massenarbeit in den Gewerkschaften, durch welche die Arbeiter zum Kampf für ihre ureigensten Forderungen und gegen die reaktionäre Bürokratie mobilisiert werden, kann kein Fortschritt erzielt werden.

Der Parteitag stellt in seiner Resolution fest: „Genau wie die der sozialdemokratischen Führer durch ihre Unterstützung der Koalitionsregierung den Weg für die faschistische Diktatur und die faschistischen Banden Hitlers bereiteten, so ist auch die gegenwärtige Offensive der Macdonald-Regierung durch die „Arbeiterregierung" vorbereitet worden." Gegenwärtig können die Labour-Führer zahlreiche „linke" Manöver, um ihren erschütterten Einfluß bei den Massen nicht zu verlieren. Dadurch kann nur dann diese Manöver entlarven und die sozialdemokratischen Führer von den Massen isolieren, wenn sie gelingt, die Einheitsfront von unten für die unmittelbaren Forderungen der Werktätigen bei gleichzeitigem schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer herzustellen. Besonderes Gewicht richtete der Parteitag unserer englischen Bruderpartei auf die Arbeit zur Gewinnung der Proletarier, die heute noch „linken" Führern der Unabhängigen Arbeiterpartei folgen. Der Parteitag betonte, daß das entscheidende Hindernis zur Verwirklichung dieser Aufgaben in einer sektiererischen Einstellung gegenüber der Massenarbeit lag, die es unter allen Umständen zu überwinden gilt.

Entsprechend der Zuspitzung der imperialistischen Konflikte und der Verschärfung der Antisowjethetze in England stellt der Parteitag allen Kommunisten Englands die dringende Aufgabe, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verstärken. Der englische Imperialismus wetteifert mit dem französischen um die Führung der Intervention gegen die Sowjetunion. Er unterstützt offen den japanischen Raubkrieg in der Mandschurei. Die englische Kommunistische Partei trägt deshalb eine große Verantwortung im Kampf der Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg. Die Beschlüsse des Parteitages, der sich einmütig hinter das 12. EKKJ.-Plenum stellte, zeigen den Weg zur Erfüllung dieser großen historischen Aufgaben unserer englischen Genossen.

Japans „Argumente"

Kanonen und Gasbomben

Offensive in der Mandschurei — Während in Genf über die Aufteilung Chinas verhandelt wird

Mukden, 22. November. Während in Genf der Völkerbundsrat über die Aufteilung Chinas verhandelt, während der Vertreter der Kuomintang-Regierung auf die frechen Ansprüche des japanischen Vertreters nichts anderes zu antworten weiß, als jämmerliches Appellieren an die in Genf versammelten imperialistischen Räuber, von denen er sehr gut weiß, daß sie mit Japan unter einer Decke stecken, spielen sich in der Mandschurei furchtbare Kämpfe ab.

Das japanische Oberkommando gibt bekannt, daß augenblicklich an der Bahnstrecke Tschangtschun—Kirin eine heftige Schlacht im Gange ist. Den Aufständischen ist es gelungen, die wichtige Station Jutschensu zu besetzen. Panzerzüge, Kanonen und Gasbomben wurden gegen die Aufständischen eingesetzt, um sie aus ihrem Stützpunkt zu vertreiben. Etwa 1000 Aufständische und Soldaten sollen bei dieser Schlacht getötet worden sein.

Auch in unmittelbarer Nähe Mukdens spielen sich blutige Schlachten zwischen den Aufständischen und den japanischen Truppen ab, die in einer Stärke von 10 000 Mann gleichzeitig von Tsitsikar und Hailun in westlicher Richtung vorrücken. Panik und Entsetzen herrschen unter der Bevölkerung der Mandschurei, die durch die Schrecken des imperialistischen Krieges verfolgt wird. Zu tausenden müssen die Menschen aus den bedrohten Gebieten flüchten. Auf den Wegen spielen sich entsetzliche Szenen ab. Zu den Gasbomben der Japaner kommen der Hunger, die Seuchen und die unganbbaren Wege, die zur Folge haben, daß am Wege Hunderte von Menschen erschöpft zu Boden fallen und sterben. Das ist die kapitalistische Kultur und Zivilisation, die Japan im Namen aller imperialistischen Mächte in die Mandschurei bringt. Das ist die „Ordnung und Sicherheit", die die japanischen Kanonen in diesem chinesischen Gebiet „wiederherstellen".

In Genf wird inzwischen geschachert. Wer soll die Mandschurei unterdrücken? Japan allein, oder alle imperialistischen Mächte zusammen? Man spricht nicht von „Krieg", beileibe nicht! Krieg gibt es überhaupt nicht in Genf.

Aber während die Kuomintang-Henker an die blutbesudelten Imperialisten appellieren, zeigt das werktätige chinesische Volk, daß es bald mit seiner Geduld ein Ende hat, daß sich die Millionen Unterdrückten erheben und unter den roten Sowjetfahnen ihre imperialistischen Peiniger und die Kuomintang-Lakaien hinwegfegen werden.

Rüstungsschacher in Genf

Fünfmächtekonferenz in Sicht — Der deutsche Imperialismus sucht nach dem Ausweg zur Kapitulation vor den Versailler Mächten

Genf, 23. November. In Genf gehen die Verhandlungen zwischen dem deutschen Außenminister v. Neurath und dem englischen Außenminister Sir John Simon sowie dem amerikanischen Vertreter Norman Davis weiter. Auf der Grundlage der englischen Vorschläge, die bekanntlich ausdrücklich betonen, daß das Versailler System bindend für alle Unterzeichnerstaaten sei, versucht der englische Imperialismus Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzubringen. Neurath erklärte ausdrücklich in den gestrigen Besprechungen, daß „der englische Plan gewisse Möglichkeiten für weitere Verhandlungen biete". Es wird nun ernsthaft davon gesprochen, daß eine Fünfmächtekonferenz einberufen werden soll, die England, Frankreich, Italien, Deutschland und die Vereinigten Staaten umfaßt. Deutschland erklärt nunmehr seine Bereitschaft, an einer solchen Konferenz auch dann teilzunehmen, wenn sie in Genf oder in der Umgebung von Genf stattfindet. Bekanntlich hat der deutsche Imperialismus sich vor den Reichstagswahlen geweigert, so offen vor dem französischen Standpunkt zu kapitulieren.

Der englische Vorschlag, der jetzt von den Vertretern der deutschen Bourgeoisie als eine geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet wird, wurde bekanntlich von der englischen Regierung als eine Ergänzung des berüchtigten Knechtungs- und Aufrüstungsplanes der französischen Regierung bezeichnet.

Das französische Regierungsorgan, der „Temps", schrieb nach Veröffentlichung der englischen Vorschläge: „Die englischen Vorschläge widersprechen durchaus nicht den wesentlichen Prinzipien des französischen Planes. Ganz im Gegenteil kann man sie als eine Ergänzung des Vorschlags ansehen, den Frankreich in Genf präsentiert hat."

Wenn die deutsche Bourgeoisie sich jetzt beeilt, auf der Grundlage der Simonvorschläge vor den Versailler Mächten zu kapitulieren, so zeigt sich ganz klar, daß die Aufrüstungsforderungen der deutschen Bourgeoisie nicht das geringste zu tun haben mit einer nationalen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes. Um einiger Zugeständnisse in der Rüstungsfrage ist der deutsche Imperialismus bereit, allen Sicherungen des Versailler Raubsystems zuzustimmen. Der Schacher in Genf zeigt nochmals, daß das Versailler System niemals fallen wird, solange in Deutschland die Kapitalisten das werktätige Volk knechten.

Neuer Anschlag der bulgarischen Regierung gegen die Arbeiterpartei

Sofia, 22. November. Unter dem Druck der gewaltigen Massenproteste wagt es die Regierung noch nicht, das Verbot der Arbeiterpartei offiziell zu erlassen. Dafür versucht sie jetzt, durch eine ungeheuerliche Verfolgungswelle gegen die Arbeiterpartei ihr Ziel auf anderm Wege zu erreichen. In den letzten Tagen sind zehn Abgeordnete der Arbeiterpartei ohne jede Begründung eingekerkert worden. Man behauptet einfach, sie seien Mittelsmänner der Komintern in Bulgarien. Die Regierung plant weitere Verhaftungen. Unter der Arbeiterschaft herrscht große Erregung und es werden große Demonstrationen, auch Proteststreiks erwartet.

Kapowatum

ILLEGAL

Alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Fortsetzung

Ich in jeder Stadt konnte man einflußreiche Mitglieder der Partei finden, die die Gewohnheit hatten, eine Reihe von Leuten um sich zu sammeln, die täglich in ihren Wohnungen zusammenkamen und bei einer Tasse Tee alle Parteifragen erledigten. Dieser Gewohnheit entstand in der Periode des Kampfes gegen die starke Verwilderung und gegen die Schwankungen des marxistischen Gedankens", das heißt gegen den Oekonomismus und Menschewismus. Zu jener Zeit waren diese Diskussionen über die Theorie und Taktik mit einzelnen Genossen und mit einzelnen Genossen von großer Bedeutung.

Später alles änderte sich. Auch diese Periode der Gewinnung einzelner revolutionärer Marxisten, zur Organisierung der „Iskra", verschwindet. Die „Iskra"-Genossen waren schon lange zur Arbeit in den Arbeitermassen übergegangen. Unter diesen neuen Bedingungen wirkte sich also die oben erwähnte Gewohnheit, bei Versammlungen der Illegalität der Arbeit, nicht zum Nutzen, nein, im Gegenteil, zum Schaden der Bewegung aus.

Eine Sitte war auch in Odessa zu beobachten, wo „Babe" (Lidija Knipowitsch) sich bitter beklagte, daß eine Menge Genossen sich ständig bei Ossip (Konstantin Lewizkij), der Aufsicht von der Ochrana beobachtet wurde, versammelte, — nach alter Gewohnheit — ganze Tage verdringen, dort Tee und Abendbrot essen, diskutieren und sämtliche Fragen der Welt zu lösen trachten. Diese Art von Patriarchalität, als Beweis einer ganz eigenartigen Rückständigkeit werteten, der neuangekommenen Genossen nicht. Dies war auch eine Ursache der Unzufriedenheit mit dem Komitee.

Vor der Ankunft des „Patjomkin"

Vor der Ankunft in Odessa fiel mit der Krise im Odessaer Komitee die auf Grund der obenerwähnten Ursache entstanden war, zusammen. Die Sache war schon so weit gediehen, daß die Peripherie dem Komitee ein Mißtrauensvotum ausdrückte. Das Komitee wurde beschuldigt, mit der Organisierung der Agitation und Propaganda nicht fertig zu werden und nicht in jenem Maße Flugblätter erscheinen zu lassen, daß der wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung entsprochen hätte.

Zu jener Zeit konnte in fast allen Städten eine Unzufriedenheit mit den Komitees beobachtet werden. Die Parteikomitees, arm an Geldmitteln und Menschen — die Intellektuellen der Partei waren massenweise zu den Menschewiken übergegangen —, hatten keine Möglichkeit, die steigende Nachfrage nach illegaler Literatur zu befriedigen, die Agitation und Propaganda auf jene Höhe zu bringen, in jenem Ausmaße durchzuführen, wie es das Wachsen der Streikbewegung und die revolutionäre Bewegung der Arbeiterschaft Rußlands erforderte.

Odessa war keine glückliche Ausnahme von dieser Regel. Das Komitee von Odessa war eine Festung der Bolschewiken; zu jener Zeit, im Sommer 1905, ein Beschützer der revolutionären Traditionen des Bolschewismus. Das bolschewistische ZK. selbst zeigte nach der Parteispaltung auf dem 2. Parteikongreß gewisse Schwankungen und versöhnlerische Tendenzen den Menschewiken gegenüber. Aber auch das Komitee von Odessa blieb hinter den Forderungen zurück, die die wachsende Arbeiterbewegung an Flugblättern, an illegaler Literatur, Agitation und Propaganda stellte.

Die Träger der Unzufriedenheit waren hauptsächlich Genossen, denen die Ursachen der Spaltung, die am 2. Parteikongreß vor sich gegangen war, noch nicht klar waren, die zu jener Zeit den Unterschied zwischen Bolschewiken und Menschewiken nicht begriffen und die die mächtige Kraft des Zarismus einerseits, andererseits aber das kleine Häufchen von Sozialdemokraten-Marxisten vor sich sehend, die Spaltung der Partei bestenfalls als Wahnsinn betrachteten und sich offen für eine Versöhnung mit den Menschewiken aussprachen.

Zu diesen Genossen gehörten Afanassij und Michail, beide Mitglieder des Odessaer Komitees.

Die allgemeine Rückständigkeit des Komitees zeigte sich auch in den Bezirken. So bestand die ganze Organisation in den Bezirken Daljnjik, Fontan und Woksal, wo ich im Auftrag des Komitees als verantwortlicher Organisator arbeiten sollte, aus neun Mann: sechs Arbeitern, Zentristen, zwei Intellektuellen, die als stellvertretende Organisatoren sich betätigten, und wir. Es gab weder allgemeine Bezirks- noch Betriebszentralen. Es gab keine agitatorischen und technischen Gruppen. Die sogenannten „Verbindungen" zu den Betrieben bestanden nur aus einem einzigen Arbeiter und auch den gab es nicht in allen Betrieben.

Diese Art der Organisation entsprach vielleicht der Durchführung einer Massenagitation durch Flugblätter, für deren Verbreitung ein Arbeiter in jedem Betrieb vielleicht genügte. Sie war aber weitaus ungenügend zur Durchführung von Massenstreiks, Demonstrationen und breiter Massenarbeit. Das war allen bewußt. Besonders erschwert war die Lage, durch den notwendigen Kampf gegen die Menschewiken, die uns sehr oft in der technischen Arbeit überholten. Das war auch eine Ursache der Unzufriedenheit mit dem Komitee, die in den Peripherien zu beobachten war.

Die zertrümmerten Organisationen machten oft den Eindruck, als hätten ganze Regimenter sie verwüstet und keinen Stein auf dem anderen zurückgelassen.

Ich stürzte mich kopüber in die Arbeit der Neuaufrichtung der Organisation in Daljnjik, Fontan und Woksal. Es halfen mir: „Mischa" (der damals erst 16 Jahre alt war), der Genosse S., die Genossen Wassilij und „Stoljar" und andere Arbeiter, deren Namen ich leider vergessen habe; außerdem zwei Intellektuelle, Mischa und Sonja Lasurkin, die Unterorganisatoren waren, wie auch der Propagandist Sergowskij (ein Intellektueller, gewesener Seminarist aus Twerj) und die Propagandistinnen Natascha (Gromowa), Gorschkowa, Tulsatschka. Mit ihrer Hilfe gelang es, bis zum Generalstreik, der in den ersten Maitagen ausgebrochen ist, in den Bezirken Daljnjik, Fontan und Woksal Bezirkszentralen zu organisieren, die die Leitung des ganzen Bezirkes in der Hand hatten. Außerdem wurden in diesem Bezirk noch zwei zentrale Zirkel geschaffen, von denen einer die Parteiarbeit in Daljnjik in zehn Betrieben leitete, der andere umfaßte alle Fabriken in Fontan und Woksal. In allen diesen Betrieben organisierten wir, soweit wir in ihnen Fuß faßten, ebenfalls zentrale Zirkel, die die Arbeit der ganzen Fabrik leiteten und sowohl eine politische, wie auch gewerkschaftliche Organisation darstellten.

Wie aus meinem „Rechenschaftsbericht des Organisators von Daljnjik, Woksal und Fontan" zu ersehen ist, der in der Korrespondenz Lenins und der Krupskaja mit der Odessaer Organisation gefunden wurde, hatte unsere Organisation im Daljnjiker Bezirk „Verbindungen" mit Arbeitern von 22 Betrieben. In den meisten dieser Fabriken gab es zentrale Zirkel (Gruppen). Die fortschrittlichen Arbeiter, die Mitglieder der Zentralzirkel und Gruppen wurden „Zentralisten" und „Gruppisten" genannt. Um ihnen die Arbeit zu erleichtern, wurde Arbeitsteilung eingeführt.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0003

RUND UM DEN ERDBALL

Mehr Lungenkranke, weniger Heilstätten

Die furchtbaren Folgen der Krise

Auf einer Reihe von medizinischen Kongressen und in der gesamten Fachpresse haben sich in den letzten Jahren die Aerzte eingehend mit der Frage beschäftigt, wieso die Tuberkulosesterblichkeit in den letzten Jahren so abgenommen habe. Dabei ist man zu den verschiedenartigsten Schlußfolgerungen gekommen. Im allgemeinen wurde festgestellt, daß der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit nicht etwa mit der Abnahme der Tuberkuloseerkrankungen überhaupt Schritt halte. Hier ist im Gegenteil, im Zeichen der Wirtschaftskrise, in den sogenannten Kulturländern eine deutliche Verschlechterung eingetreten.. Soweit es sich bisher übersehen läßt, ist gerade in den letzten zwei Jahren eine ganz erhebliche Zunahme der Schwindsuchtsfälle, vor allem ihrer schweren offenen Formen eingetreten.

Nach den Berichten der Kreisärzte kann kein Zweifel darüber sein, daß die katastrophale Wirtschaftslage, die mangelhafte Ernährung, die mittelalterlichen Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und auf dem Lande, die schlechte Bekleidung unter den Erwachsenen und Schulkindern zu einem erschreckenden Ansteigen der Tuberkulosedurchseuchung geführt haben. Schon vor einem dreiviertel Jahr hat der Referent im Preußischen Volkswohlfahrtsministerium, der Ministerialdirektor Schoppohl, darauf hingewiesen, daß sich, vor allem unter der Schuljugend, die Fälle von offener, ansteckender Lungentuberkulose derart häufen, daß daraus eine ernste Bedrohung für die Gesundheit des deutschen Volkes entstehen müsse.

Er verlangte nachdrücklich die sofortige Inangriffnahme weitestgehender Vorbeugungs- und Verhütungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Proletarierseuche, der „weißen Pest", konnte sich aber mit seinen Forderungen, die gewiß nicht als sonderlich fortschrittlich zu bezeichnen waren, nicht durchsetzen. Es ergibt sich somit die zunächst verblüffende Tatsache, daß die Tuberkulosesterblichkeit bis vor kurzem langsam, aber stetig abgenommen hat, während die Erkrankungsziffer an Schwindsucht immer größer geworden ist.

Zur Erklärung hierfür werden verschiedene Tatsachen herangezogen. Da ist zunächst einmal die Abnahme der Geburtenziffer. Je geringer die Zahl der Geburten ist, desto geringer pflegt auch die Sterbeziffer zu sein, desto länger leben die Menschen. Die Durchseuchung der Jugendlichen soll ebenfalls angeblich die Sterblichkeit der Tuberkulose im späteren Alter verringern. Die angebliche Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, vor allem der Industriearbeiterschaft, wird von den Statistikern als Hauptgrund für die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit angeführt.

Die wichtigste Erscheinung aber wird bei dieser ganzen Beweisführung außer acht gelassen. Während des Krieges und der Inflation starben Tuberkulosekranke in einem Alter und in einem Krankheitszustand, in dem sie unter normalen Umständen noch lange nicht gestorben wären. Die unerhörten Entbehrungen, die schlechte Ernährung, Kleidung, der Mangel an Heizmaterial, die schlechte Versorgung in Krankenhäusern und Heilstätten kürzte ihr Leben ab, führte zu einer Uebersterblichkeit, die sich nicht etwa nur auf Tuberkulose, sondern auch auf viele andere Krankheiten erstreckte. Schwächliche, nicht tuberkulöse Menschen, die aber in einem späteren Alter mit großer Wahrscheinlichkeit sich noch eine Lungenschwindsucht zugezogen hätten, starben an Hunger oder Infektionskrankheiten. Nur der konnte die Strapazen der Kriegs- und Nachkriegszeit überstehen, dessen gesundheitlicher Zustand diesen unerhörten Anforderungen wirklich gewachsen war.

Lungenkranke und Tuberkulosegefährdete stellten den Hauptanteil an der sprunghaft gestiegenen Todesziffer während dieser Zeit dar.

Alle diese vorzeitig Gestorbenen können nun natürlich die Statistik nicht mehr belasten, die dadurch ein so gewandeltes Aussehen zeigt. Deshalb sind aber die Gefahren nicht etwa geringer geworden. Im Gegenteil! Die Zahl der ansteckenden, dauernd Tuberkelbazillen verstreuenden Kranken ist jetzt schon so groß, daß nicht mehr allen ärztliche Hilfe, geschweige denn stationäre Behandlung zuteil werden kann. So bilden diese Kranken eine ständige Gefahr für ihre Umgebung.

„Man hat überhaupt den Eindruck, als ob die Wirtschaftskrisis die Gesundheit der versicherungspflichtigen Bevölkerung erheblich beeinträchtigt habe", heißt es in einem Bericht der Landesversicherungsanstalt Hannover über die Tätigkeit ihrer Heilstätten. „Zugleich ist die Durchführung der Heilstättenmaßnahmen schwer gefährdet." Eine ganze Reihe von Heilstätten sind in Deutschland geschlossen, die übrigen nicht voll belegt. Die Gewährung von Heilverfahren ist an verschärfte Bedingungen geknüpft. Die Durchführung kostspieliger Kuren wird von vornherein abgelehnt, teure Apparate werden nicht mehr angeschafft. Moderne Institute werden geschlossen. Bestrahlungsapparate, die zur Erkennung und Heilung der Krankheit dienen, liegen brach. Aerztliches und technisches Personal wird gekündigt und entlassen. Groß ist die Zahl gut ausgebildeter Aerzte, Schwestern und Laboranten, die keine Beschäftigung mehr haben und stempeln gehen müssen.

Was hilft es, daß ganze Provinzialverbände der Krankenkassen und Aerzte (so erst neuerdings der Provinz Ostpreußen), Hilferufe an die Reichsregierung erlassen, in der sie in diesem Zusammenhang von einer „gefährlichen Schwächung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung" sprechen? Was hilft es, wenn sich die warnenden Rufe verantwortungsbewußter Sozialhygieniker mehren, die in dem gegenwärtigen Zustand eine unmittelbare, das Volksganze bedrohende Gefahr sehen und die kommende Gesundheitskatastrophe für die allernächste Zukunft ankündigen?! Eine Aenderung unter dem bestehenden System ist nicht zu erwarten.

Ist nicht zu erwarten — das wäre übertrieben. Eine Aenderung ist sehr wohl zu erwarten. Es besteht die Absicht, die Heilverfahren bei Lungentuberkulose, wie bei allen anderen Krankheiten von immer schärferen Bedingungen abhängig zu machen, so daß den Versicherten ihre Durchführung unmöglich ist. Ein weitgehender Abbau der gesamten Sozialversicherung, in allererster Linie der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, ist vorgesehen. Die Finanzlage des deutschen Reiches gestattet derartige „Luxusausgaben" nicht. Alles verfügbare Geld, soweit es nach Erhöhung der Steuern von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten rücksichtslos eingetrieben wird, muß in erster Linie dazu dienen, die „grauenhaften Notlage", unter der die millionenschweren Barone und Krautjunker nach ihren eigenen Berichten und den Erhebungen der Regierung der Barone zu leiden haben, zu helfen.

Dr. med. Wilhelm Sa...

Unverkäufliche Lose gibt es nicht!

Dafür liegen genug Beweise vor.

200 000 revolutionäre Schrift...

sind u. a. die Gewinne der Verlosung.

Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfront-Aktion

Massenvertrieb der 10-Pf.-Lose, das ist St'ück ideologische Offensive!

Ziehung: 10. Dezember 1932.

Braune Kindermörder

Wie die 13jährigen Arbeiterjungen Hans Graack und Gustav Hoffmann von SA.-Banditen ermordet wurden

Am Freitag, dem 18. November, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Altona. An der Ecke der Großen Bergstraße und Weidenstraße befindet sich mitten in einem Gebiet, das fast nur von revolutionären Arbeitern bewohnt wird, eine SA.-Kneipe, deren Insassen durch provokatorisches Auftreten den Anlaß zu einer Schlägerei gaben.

Die Polizei war gleich zur Stelle. In diesem Augenblick wurden fünf Schüsse aus der Nazikaserne abgegeben.

Der 13 Jahre alte Fichte-Pionier Hans Graack wurde durch einen Herzschuß tödlich getroffen. Er war gerade im Begriff, von einem Fichte-Turnlokal aus sich in die schräg gegenüber liegende elterliche Wohnung zu begeben.

Unmittelbar nachdem die Schüsse gefallen waren und der Jungpionier erschossen am Boden lag, nahm die Polizei eine Visitation der umstehenden Arbeiter vor, ließ auch ein in der Nähe befindliches Lokal, in dem kommunistische Arbeiter verkehrten, durchsuchen und besetzte schließlich auch die Nazikaserne. Bei den Arbeitern wurde nichts gefunden, dagegen entdeckte die Polizei in der Nazikaserne Waffen und beschlagnahmte sie.

Alle Passanten, die den Vorfall gesehen haben und verhört worden sind, bestätigten einstimmig, daß die Schüsse aus dem Lokal der Nationalsozialisten abgegeben wurden. Das müssen u. a. auch die „Altonaer Nachrichten", ein bürgerliches Blatt, bestätigen, die gleichfalls die Tatsache mitteilen, daß bei der Razzia in dem nationalsozialistischen Lokal Waffen gefunden wurden, während die Waffensuche bei den Arbeitern erfolglos war.

Das ist der Tatbestand. Mit zynischer Frechheit versucht die nationalsozialistische Presse, voran der „Angriff", die Tatsachen in ihr Gegenteil umzukehren. Ja, die nationalsozialistischen Mordgesellen gehen noch weiter, indem sie sogar versuchen, in Hamburg für den erschossenen Hans Graack auf Listen Geld zu sammeln.

Erst erschießen sie den 13jährigen Fichte-Pionier, dann ... sie gefälschte Berichte in die Presse, um sich nach außen hin ... der Mordschuld rein zu waschen und dann wagen diese Bestien ... für den von ihnen ermordeten Fichte-Pionier Sammlungen zu veranstalten.

Der Wertätigen in Altona hat sich unerhörte Empörung bemächtigt. Sie verlangen immer stürmischer, daß die Mordbanden endlich geschlossen wird und daß die Banditen der SA. ... Arbeiterjungen Hans Graack auf dem Gewissen haben, ... haftet werden.

★

Dieser Fall der Ermordung eines Arbeiterkindes durch Nationalsozialisten, verbunden mit der Verdrehung der Tatsachen ... nationalsozialistischen Presse, steht nicht vereinzelt da.

Bereits vor wenigen Wochen, am 30. Oktober, wurde ... 13jährige Arbeiterjunge Gustav Hoffmann aus Duisburg-Meiderich von den SA.-Leuten Knüffermann, Steininger und Deitert erschossen. Die Schützen waren so brutal, daß sie sogar einen Arbeiter, der sich um das erschossene Kind bemühte, ... einmal drei Schüsse abgaben, die glücklicherweise für ihn ... fehlten.

Selbst die politische Polizei in Duisburg mußte einen Bericht veröffentlichen, in dem es heißt, daß nach einwandfreien Feststellungen Nationalsozialisten die Täter gewesen sind. Die Nationalsozialisten schossen, als einige Arbeiter die von ihnen verteilten Flugblätter nicht annehmen wollten. Das nationalsozialistische Organ für das Ruhrgebiet versuchte auch hier, mit der ... Lügen wie im Falle Hans Graack zu operieren.

Dänemark vernichtet Fleisch

Kopenhagen, 23. November. Die Vernichtung wertiger Lebensmittel nimmt immer größere Dimensionen. Nachdem kürzlich erst aus Brasilien die Verbrennung von ... lionen Sack Kaffee gemeldet worden war, sind neuerdings in ... mark 2500 abgemolkene Kühe nicht auf dem üblichen Wege ... Schlachthof zugeführt worden, um zu Wurst usw. verarbeitet ... werden. Man ließ die Tiere vielmehr, wie es sonst nur bei Seuchen geschieht, im sogenannten „Destruktor" abdecken und vernichten, um Tierkörpermehl als Schweinefutter und Leim für ... nische Zwecke zu erhalten.

Diese Meldung offenbart kraß den Wahnsinn und das ... heure Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft. Millionen ... hungern und gleichzeitig vernichtet man wertvolle Lebensmittel ... um Preise zu heben.

Auf dem Vogelsand gestrandet

Hamburg, 23. November. Während des Sturmes ... Dienstag die deutsche Nordseeküste heimsuchte, ist in der Gegend der Motorsegler „Marie Elise" gestrandet. Das Schiff fand sich auf der Reise von Dortmund nach Hamburg mit Kohlenladung und geriet gegen 10 Uhr abends in Seenot. Signale wurden in Cuxhaven gehört, die Bergungsdampfer zur Rettung aus. Das Schiff ist jedoch auf dem als gefährlich bekannten Großen Vogelsand gestrandet. Einem Rettungsboot gelang es, den Motorsegler zu erreichen und die aus vier Mann bestehende Besatzung zu bergen.

Unterschlagungen der Nazistudenten

Braunschweig, 23. November. Die nationalsozialistischen Studenten, die den Allgemeinen Studentenausschuß beherrschen, haben sich jetzt aber gefallen lassen müssen, daß die Kriminalpolizei eine Haussuchung im Studentenheim vornahm und Kassenbücher beschlagnahmte. Die nationalsozialistischen Studenten, die das Studentenheim verwalten, haben große Unterschlagungen begangen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Mehrere Kassenbücher sind überhaupt verschwunden.

Kinobrand in Madrid

Madrid, 23. November. Im Palacco de la Mustica, der fast ausschließlich als Kinotheater verwendet wird und der schönste Theaterraum Madrids ist, brach gegen Mitternacht bei vollbesetztem Haus Feuer aus, und zwar während einer Pause bei Vorführung von Reklamebildern durch Kurzschluß hinter der Bühne. Das Publikum, durch laute Zurufe zur Besonnenheit ermahnt, blieb verhältnismäßig ruhig und hatte in wenigen Minuten das Theater geräumt, sicher eingedenk des großen Madrider Theaterbrandes von vor vier Jahren, bei dem durch die Panik mehr als 80 Zuschauer den Tod gefunden hatten.

Das Feuer griff auf die Sitzreihen und den Saal des Palacco de la Mustica über und wurde nach anderthalb Stunden von der Feuerwehr ziemlich beherrscht. Bei den Löscharbeiten erlitten ein Feuerwehrmann und ein Polizist erhebliche Verletzungen. Der Schaden ist beträchtlich.

Der Krakatau spuckt

Batavia, 23. November. Der Krakatau ist wieder in Tätigkeit. In unregelmäßigen Abständen erfolgen Ausbrüche, die eine Höhe von 300 Metern erreichen.

Der Krakatau, der Vulkan auf der gleichnamigen Insel in der Sundastraße, zwischen Sumatra und Java, ist seit den letzten Jahren wieder in ständiger Bewegung. Mit seinem Namen ist die Erinnerung an die ungeheuerste vulkanische Katastrophe der neueren Zeit verbunden. Im August 1883 fand die Eruption statt, die einen Teil der Insel ins Meer versenkte und bei der gegen 75 000 Menschen den Tod fanden.

Verantwortlich: Alfred Hendrich Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0004

die Organisationseinheiten

Einheitsfrontaktion heißt neue Streikwelle

Lohnabbauangriffe in den Betrieben, der verschärfte Papen-Kurs der kommenden Regierung muß eine zweite Streikwelle gegen die Hunger- und Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse auslösen — Die Beschlüsse der Reichsparteiarbeiterkonferenz in die Tat umsetzen, ist richtige Vorbereitung unseres Bezirksparteitages

DMV-Bezirksversammlung protestiert gegen Chemnitzer Todesurteil

Bezirksversammlung des DMV Torgelow (Pommern) 18. November folgende Entschließung an:

„Da am 18. November 1932 in Torgelow tagende sehr gut besuchte Bezirksversammlung der Kreisverwaltungsstelle Torgelow des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhebt schärfsten Protest gegen das am 15. November 1932 vom Chemnitzer Gericht gegen den Arbeiter Ferdinand Bartl gefällte Urteil. Die Versammelten verlangen sofortige Aufhebung des Urteils und sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Gleichzeitig fordern die Versammelten die Auflösung der Sondergerichte."

Wir bitten diese DMV-Bezirksversammlung müssen durch die Initiative der oppositionellen Kollegen alle Gewerkschaftszahlstellen zu Kundgebungen Stellung nehmen gegen die Schreckensurteile und die Sondergerichte. Es gilt die Gewerkschaftskollegen zur Forderung der Freilassung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen.

Ermahnung an die Belegschaft Tetzner, Weißenfels

Die Arbeiterschaft wird euch aktiv unterstützen

Durch eine Notiz im „Weißenfelser Tageblatt" wurde die Schuhfabrik Tetzner bekannt, daß jetzt Schichtarbeit würden! Sie wollte damit ihre „soziale" Einstellung beweisen!

Die Betriebsverhältnisse und wie mit den Arbeitern umgegangen wird, schrieb das „Weißenfelser Tageblatt" nichts. Sie hüten!

In der Firma herrscht ein gar lieblicher Ton. Allerhand Sachen werden den Arbeiterinnen und jungen Mädchen angetan. Eine Kollegin wurde aus nichtigen Gründen entlassen. Die Frau des Unternehmers spielt eine Art Betriebsaufseher.

Nun von der Firma Tetzner, dieser Bericht im „Volkspark" entstand, weil Kolleginnen selbst über die Betriebsverhältnisse klagten. Wir sagen euch hier ganz offen, was Sache ist:

Die besten Kolleginnen als Vertrauensleute, sagt dem Chef, wenn er weiter schikaniert, dann werden die Brocken hinschmeißen. Gerade jetzt, bei den laufenden Bestellungen, kann der Chef am allerwenigsten einen Streik gebrauchen!

Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen sich am besten durch einen Streik. Der große Schuharbeiterstreik hat ja gezeigt, was Erfolg bedeutet. Er hat aber auch gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiterschaft um den vollen Erfolg brachten und Einführen der verkürzten Arbeitszeit ohne Lohnabbau. Die rote Einheitsfront von unten. Die ganze Weißenfelser Arbeiterschaft wird euch unterstützen bei allen Kampfmaßnahmen.

Streikbruchorganisatoren blitzen elend ab

Ein Berliner Gewerkschaftsbürokrat versuchte den Verrat an den Berliner Verkehrsarbeitern zu „rechtfertigen" — Mit einer Niederlage fuhr er wieder nach Berlin

A.-K. Am Montag tagte im „Volkspark" eine „Funktionärversammlung" des Gesamtverbandes. Anwesend waren 56 Personen, darunter 8 Angestellte von Gewerkschaftsverbänden, 3 Angestellte vom „Volksblatt" und ein Teil sozialdemokratischer Konsumleute. Schon äußerlich zeigte die Tagung, daß es sich eher um eine Zusammenkunft von Bürokraten handelte. Wirkliche Proleten waren nur wenig vertreten.

Der Reichsabteilungsleiter für Transport, Kemptner, sprach zum Thema: „Die Zerrissenheit der Arbeiterklasse und die einheitliche Abwehr"!

Er führte aus, daß durch die Zerrissenheit an eine einheitliche Abwehr gar nicht zu denken sei. Und dann verwickelte er sich in unerhörte Widersprüche. Er sagte wörtlich: **Beim Streik der Berliner Verkehrsarbeiter mußte man sich wundern, mit welchem Elan der Kampf geführt wurde!**

Das war das Eingeständnis der bankrotten Bürokraten, die lieber hundertmal an das soziale Empfinden Hindenburgs appellieren und die längst den Mut und auch den Willen verloren haben, die Arbeiterklasse im Kampf einzusetzen. Kemptner hielt eine üble Hetzrede gegen die RGO. Der „Objektivität halber" sprach er auch etwas über die Rolle der Nazis.

Die Reichsorgane hätten die Löhne der BVG-Arbeiter beanstandet und eine Senkung von 10—23 Pfennig pro Stunde verlangt. Aber der Verhandlungskommission der Gewerkschaften sei es gelungen, eine Lohnsenkung von „nur" 2 Pfennig pro Stunde durchzuführen. Kemptner meinte auch, man müsse auch berücksichtigen, daß die Einnahmen bei der BVG ungeheuer zurückgegangen sei!

Das Organisationsverhältnis der BVG-Arbeiter wäre so, daß unter den 21 000 Arbeitern 8000 freigewerkschaftlich organisiert waren. Bei der Abstimmung stimmten von 17 000 14 000 für den Streik. Die 3000 Stimmenthaltungen kämen auf das Konto einsichtiger Gewerkschaftskollegen!

Durch Schiedsspruch sei dann eine 2-Pfennig-Lohnsenkung für „verbindlich" erklärt worden. Damit hätte man unbedingt den Streik abbrechen müssen. Aber die RGO habe zum Putsch aufgefordert, er wisse das aus ganz bestimmter Quelle.

RGO und NSBO hätten aber die Betriebe besetzt und unter Bedrohung ihres Lebens hätten die Gewerkschaftskollegen wieder umkehren müssen. Besonders die Verbandsfunktionäre seien von den „Terroristen" bedroht, geschlagen und bespuckt worden! Man hätte ihre Wohnungen ständig kontrolliert und sogar nachts mit dem Scheinwerfer abgeleuchtet!

Dann berief sich der Bürokrat tatsächlich auf Lenin, um den ungeheuren Streikverrat zu bemänteln. Er sagte:

„Wir haben den Streik abgebrochen. Wir führten durch, was der große Führer der Arbeiterklasse sagte: „Laßt euch eure Aktionen nicht vom Gegner vorschreiben!" Wir haben uns die Aktion nicht vom Gegner vorschreiben lassen. Der BVG-Streik war nur ein Wahlmanöver der Kommunisten!" (!)

Kempner beklagte sich dann ein Langes und Breites, daß die „bewährten Führer" der deutschen Arbeiterklasse, damit meinte er sich und seinesgleichen, täglich und stündlich kompromittiert würden. Man setze sie systematisch in den Augen der Arbeiterklasse herab. Der Streik habe 2500 Opfer gekostet, die entlassen wurden. Die RGO kümmere sich um diese Entlassenen nicht. Kempner schloß seine Rede mit dem Ruf: **„Nieder mit den Verrätern von der RGO!" (!)**

Mehrere Kollegen von der Opposition nahmen das Wort. Mit sachlichen Argumenten zerpflückten sie das Referat des Kemptner, der die staatserhaltende Rolle der Gewerkschaften betont hatte. Die Genossen wiesen nach, daß die Gewerkschaften die Kapitalistenklasse zu immer neuen Angriffen ermunterte und die Arbeiterschaft ins größte Elend brachte. Jetzt kämpft die Arbeiterschaft in roter Einheitsfrontaktion. Und deshalb „staunt" heute mancher Gewerkschaftsführer über den Elan der Massen.

Kemptner verschwieg in der Versammlung selbstverständlich die ungeheuren Geständnisse der Berliner SPD-Führer und -Funktionäre, vor allen Dingen die Rede des sozialdemokratischen Kriegsbeschädigten-Obmannes bei der U-Bahn, Klose, der wörtlich ausführte:

„Nachdem der Streik ausgebrochen war, hatten wir das größte Interesse daran, daß der Streik zusammenbrach (!), denn die Gewerkschaften hatten nicht damit gerechnet, daß es wirklich zum Streik kommen würde, zumal die Dreiviertel-Mehrheit nicht vorhanden war. Man hatte ferner nicht damit gerechnet, daß es der RGO tatsächlich gelingen würde, ohne Gewerkschaften den Streik durchzuführen (!). Auch hatte man nicht erwartet, daß am Freitag, 14 Uhr, das Personal trotz Drohung ausblieb (!). Da die Gewerkschaften den Streik nicht mitmachen konnten, wäre es eine Unmöglichkeit gewesen, wenn der Streik Erfolg gehabt hätte (!), denn dann wären die Gewerkschaften bei der BVG und überall erledigt gewesen (!). Es galt also zu verhindern, daß Verhandlungen zwischen Streikleitung und Direktion stattfanden. Tatsächlich war Bürgermeister Elsaß beinahe bereit gewesen, Verhandlungen mit der Streikleitung aufzunehmen (!)."

Diese Ausführungen sind deutlich genug. Sie wurden gemacht am 16. November auf dem Zahlabend der 82. Abteilung der Berliner SPD. Klose hat dann weiter ausgeführt, daß sich jetzt die BVG schützen müsse, indem sie alle Leute abschiebe, denen man besonders aktive Beteiligung am Streik nachweisen könne. Der „Vorwärts" habe sich für die Wiedereinstellung der Entlassungen eingesetzt, aber das sei „nur als besserer Scherz" aufzufassen!

Mit diesen zynischen Ausführungen des U-Bahn-Klose in Berlin, die von der SPD-Presse bis heute noch nicht dementiert werden konnten, sind auch die Ausführungen des Kemptner im Hallischen „Volkspark" am besten illustriert (!)

In der Versammlung hatte man Extraseiten ausgeteilt: „Die Wahrheit über die BVG-Aktion", wobei eine ganze Seite, mit Bildern illustriert, eine geradezu freche Verhöhnung der Gemaßregelten darstellt. Es heißt dazu: „2500 Entlassene — Erwerbslosigkeit, Kerkerhaft und Elend sind das Ergebnis nationalsozialistisch-kommunistischer Streikaktion bei der Berliner Verkehrs-AG."

Die Wiedereinstellung der Entlassenen war für den „Vorwärts" „nur ein besserer Scherz". Und es ist ja auch eine Tatsache, daß in den Sitzungen des Aufsichtsrates der BVG die SPD-Vertreter ausdrücklich gegen die Wiedereinstellung der Gemaßregelten stimmten.

Die 2500 Entlassenen, die eingekerkerten Arbeiter, der Lohnabbau an den BVG-Arbeitern kommen auf das Konto des Streikverrats und des Verbrechens der Gewerkschaftsbürokratie. Auch die Hallischen Gewerkschaftskollegen kommen immer mehr hinter die Schliche dieser „Führer". Der Bürokrat Kemptner wußte sich in der Versammlung im „Volkspark" nicht anders zu helfen, als daß er im Schlußwort ausführte, zu den oppositionellen Kollegen gewandt:

„Wenn ihr unsere Stellung als Gewerkschaften zum heutigen Staat angreift, so erinnern wir euch nur an die Gesetze, die in Sowjetrußland bestehen (natürlich, Arbeiterverräter haben dort keinen Platz!). Und wir betonen als Gewerkschaftler: Wir haben die Arbeiterklasse mit Worten und mit Aufklärung geführt, Adolf Hitler wird euch mit der Peitsche führen!"

Gewerkschaftskollegen! Frecher und verlogener können die Gewerkschaftsbürokraten wohl kaum noch auftreten. Macht Schluß mit dem Kurs der Bürokratie! Tretet ein für das Bestimmungsrecht und die Meinungsfreiheit der Mitglieder! Wählt oppositionelle Kollegen in die Leitungen des Verbandes. Die Gewerkschaftsführer müssen in roter Einheitsfrontaktion mit der gesamten Arbeiterklasse marschieren, gegen Lohnraub, gegen Hitler, gegen alle Formen der faschistischen Diktatur!

Achtung, Gewerkschafts-Vertrauensleute-Konferenz des ADGB

Für Freitag, den 25. November, 19.30 Uhr, sind alle Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute des ADGB, des Afa-Bundes und des ADB zu einer allgemeinen Vollversammlung nach dem „Volkspark", Halle, eingeladen. Als Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB spricht der Bürokrat Schlimme, Berlin, über das Thema: „Der Kampf der Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat." Alle oppositionellen Funktionäre müssen sich für diesen Abend frei halten und die Vertrauensleute-Konferenz besuchen. Eine Fraktionssitzung der oppositionellen Kollegen findet am Donnerstag, dem 24. November, 20 Uhr, in der Produktiv, Lerchenfeldstraße 14, statt. Die Gewerkschaftskommission.

Eingut Elsterwerda muß mobilisieren

Unerträgliche Betriebszustände werden nur durch Kampf abgestellt — Die neue Belegschaft muß alte Kampftraditionen fortsetzen!

In der Nummer 44 des „Keramischen Bote", Mitteilungsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, war kürzlich [illegible] über die Verhältnisse der Steingutfabrik Elsterwerda. [illegible] geht wohl nicht fehl, daß der Schreiber dieses Artikels, „Steingutproleter" nennt, der Renegat Peukert ist, der [illegible] in diesem Betrieb einmal Antreiber wurde, aber dann [illegible] Arbeitsstillegung mit durchs Tor hinausging.

[illegible] noch in der Kommunistischen Partei war, gab es oft [illegible] Differenzen wegen seines Zurückweichens vor dem [illegible]

Schildert die Betriebsverhältnisse so, wie sie sind. Aber [illegible] verschweigt er, wer daran schuld ist, nämlich er mit und [illegible] Linie!

[illegible] gleich den Vogel an den Federn, wenn er schreibt, [illegible] wäre, daß die Belegschaft gegen den Lohnabbau [illegible] Lohnkämpfe. Früher hätte sich doch die Belegschaft [illegible] „traditalen Hanswurst" ins Schlepptau nehmen [illegible]

[illegible] den Renegaten bei seinem Gestöhne.

[illegible] daß, solange Kommunisten vor der Stillegung dieses [illegible] Führung hatten, keine Lohnverschlechterung widerspruchslos hinnehmen wurde. Es kam daher oft zum Streik. Der [illegible] Betriebsrat aus Dresden war es, der immer wieder [illegible] darüt nicht streiken, das ist Tarifbruch. Ihr müßt [illegible] wieder aufnehmen."

[illegible] Streik wäre dieser Lohnabbaustratege von den [illegible] beinahe aus dem Betrieb hinausgeworfen worden. [illegible] den Bürokraten und den Renegaten ist in der [illegible] verdammt kein Unterschied.

[illegible] Wiedereröffnung des Betriebes wurde ängstlich darauf [illegible] daß ja keine Kommunisten mit hineinschlüpften. [illegible] der Direktor Korfsgewitz völlig einverstanden, wenn [illegible] Fabrikarbeiterverband in den Betrieb hineinkommen. [illegible] Genüge seine Pappenheimer!

Die Direktion wußte ganz genau, wer Anhänger der RGO war. Woher wußte sie das? Doch nur von ganz besonderen Unternehmerfreunden, die in der Reichweite der FAV-Spitzen zu suchen sind!

Bemerkenswert ist ferner, daß selbst das Verbandsorgan von dem Artikel des „Steingutproleten" abrückt. Der Redakteur des Blattes schreibt ausdrücklich: „Die Zeilen mögen nicht falsch gedeutet werden." Er meint damit: weder vom Unternehmer noch von der Belegschaft!

Der Unternehmer soll nicht glauben, daß der Verband wirklich ernstlich einen Kampfwillen in der Belegschaft schürt!

Und die Belegschaft soll nicht die „falschen Schlüsse" ziehen und sich gegen die Gewerkschaftspolitik wegen dieser Zustände wenden, sie soll sich nur gegen die RGO ausspielen lassen, das ist der Grund!

Ueber den Artikel ist im Betriebe diskutiert worden. Und selbst die siebenmal gesiebten Kollegen wenden sich gegen die Verbandsbürokratie und sie haben auch eine richtige Meinung von dem Renegaten Peukert. Mehrere Kollegen erklärten:

„Peukert ist doch derjenige, der bei dem letzten Streik die Hosen so voll hatte, daß er plötzlich erkrankte. Und als er wieder „gesund" war, wurde er doch Meister!"

Solche Dinge sprechen für sich. Wir wollen die richtigen Lehren aus dem Geschreibsel des Verbandsorgans ziehen, nämlich:

Die Steingutfabrik von Elsterwerda muß wieder ein Betrieb werden, der durch Kampf die Verhältnisse bessert. Sind die besten Kommunisten und RGO-Kollegen hinausgeflogen, nun so schaffen wir neue im Betrieb! Der Boden dafür ist vorhanden und die Schande von Torgau, der ungeheure Streikverrat der Bürokraten und die Streiksabotage der Naziführer ist ja auch noch in aller Erinnerung. Die Steingutproleten von Elsterwerda müssen in roter Einheitsfrontaktion marschieren, dann werden sie ihre ganze Kraft gegen den Unternehmer und seine Lakaien einsetzen können. Vorwärts, Ausbau der Betriebsgruppe der RGO! Bessere Oppositionsarbeit in den Elsterwerdaer Verbandszahlstellen. Vorwärts zur Offensive!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0005

Kein Geld für Kinderspeisung, Kohlen, Kartoffeln

Die kommunistischen Forderungen für die Erwerbslosen im Rechtsausschuß — Bürgerblock Vertreter und Magistrat lehnen ab Anträge ab — Am Montag Stadtverordnetensitzung

Gewissermaßen zur Vorbereitung der am kommenden Montag steigenden Stadtverordnetensitzung tagte am Dienstag der Rechts- und Verfassungsausschuß. Diesem Ausschuß war bereits am 12. September ein von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion eingereichter Antrag überwiesen, der folgende Forderungen enthielt:

Kostenfreie Belieferung der Schulkinder mit Milch und Mittagessen.

Je zwei Zentner Kartoffeln und je vier Zentner Kohlen.

Schon in der Stadtverordnetensitzung am 12. September hatten die kommunistischen Vertreter erklärt, daß der von der bürgerlichen Mehrheit gefaßte Beschluß, diese Forderungen dem Verfassungsausschuß zu überweisen, nichts anderes bedeute, als dem Versuch jeder Entscheidung aus dem Wege zu gehen.

Die Vertreter des Bürgerblocks haben inzwischen einige Monate Zeit gehabt, um mit dem Magistrat den Etat zusammenzustoppeln, der trotz ungeheuerlicher Kürzungen, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und des Schulwesens und trotz der Erhöhung der Bürgersteuer auf 600 Prozent und aller sonstigen „Gesundungs"maßnahmen mit einem Fehlbetrag von rund 1,6 Millionen Mark abschließt. Ihr Berichterstatter erklärte in der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses, daß eine Behandlung dieser Anträge nach dem Geschäftsordnungsparagraphen und auch nach der von dem Reichskommissar Bracht erlassenen Finanzordnung vom 3. November 1932 nicht zulässig sei, da die angeführten Deckungsvorschläge zum größten Teil nicht gesetzlich zulässig wären.

Unter Berufung auf diese Paragraphen suchten die Bürgerblockvertreter ihre Ablehnung gegenüber den von den Kommunisten aufgestellten Forderungen zu begründen.

Der Stadtkämmerer Dr. May versuchte dann den Nachweis zu führen, daß die Erfüllung der aufgestellten Forderungen eine Ausgabe von rund 1,2 Millionen Mark verursachen würde, während die Deckungsvorschläge nur einen Betrag von rund 671 000 Mark ergäben. Sein A und O war, es ist kein Geld vorhanden für die Erwerbslosen, da die städtische Verwaltung nur mit größter Mühe und Not imstande sei, die erforderlichen Geldmittel für Löhne, Gehälter und Unterstützungen aufzubringen. Der Herr Stadtkämmerer, der zukünftige zweite Bürgermeister, versteig sich dabei zu der Behauptung,

daß die von den Kommunisten gestellten Erwerbslosenanträge nur dazu dienen sollten, die Unruhe unter den Erwerbslosen zu fördern.

Es sprach daraus die ganze Angst dieses Stadtkämmerers vor den kommenden Monaten, deren Situation, insbesondere auch auf finanziellem Gebiet, ihm als Stadtkämmerer ja sehr genau bekannt ist. Dementsprechend auch seine Aufforderung, er erwarte auch von der KPD eine andere Einstellung und Schätzung seiner Arbeit, die darin bestehe, in erster Linie die Unterstützungsätze für die Erwerbslosen sicherzustellen. Die Zahl der Erwerbslosen steige immer mehr an, infolgedessen [illegible] Sorge auch eine größere!

Auch die Bürgerblockvertreter glaubten, ihr soziales Bedauern noch einmal zum Ausdruck bringen zu müssen.

Die kommunistischen Vertreter zerpflückten die Argumente der Bürgerblöcker und des Magistratsvertreters. Sie zeigten, wie Hand der Notlage der Erwerbslosen nach, daß jetzt die Frage etwas anders stehen. Nicht eine Sanierung der Gemeindefinanzen unter allen Umständen auf Kosten der Notleidenden, sondern die Frage, sondern eine wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen müsse durchgeführt werden.

Sie führten gleichzeitig den Nachweis, daß für alle möglichen und unmöglichen Sachen sofort Geld vorhanden wäre, aber wenn es sich um Erwerbslosenfragen handelt verschleppt der Magistrat seine Ohren.

Es waren sofort Gelder vorhanden für ein Gutachten des Sparkommissar in Höhe von rund 24 000 Mark, für den Ausbau 20 000 Mark, bei Verpachtung von Leistners Waldhaus, [illegible] guten Freund hier unterzubringen, obgleich vier Bewerber vorhanden waren, die zum Teil oder ganz die Ausbauten übernehmen wollten, 24 000 Mark.

Diese wenigen Beweise zeigen, daß nur der gute Wille der Hallischen Magistrat fehle, den Erwerbslosen wirklich zu helfen.

Die Deckungsvorschläge verlangten Streichung aller Ausgaben für alle Einrichtungen, die gegen die Arbeiter gerichtet sind oder von denen die Arbeiterschaft nichts verspürt. Um diesen Begründungen versuchten die kommunistischen Vertreter Annahme zu erreichen. Sie sagten mit aller Deutlichkeit dem Magistrat und dem Bürgerblock,

daß sie nunmehr die Hallischen Erwerbslosen zum hallischen Magistrat schicken werden, damit diese ihnen ihre Anträge unterbreiten und für die Durchführung der Forderungen Sorge tragen werden.

Der Rechtsanwalt Dr. Starke beantragte als Bürgervertreter und Berichterstatter, daß die kommunistischen Anträge zulehnen sind und auch im Plenum nicht behandelt dürfen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Vertreter angenommen. Die Anträge wurden vertagt.

Die in Familien der Unterstützungsempfänger herrschende Not wird damit nicht behoben. Die Forderungen bleiben bestehen. Versprechungen und Vertröstungen auf das sogenannte Wunder der Winterhilfe werden sich die Erwerbslosen nicht weiter gefallen lassen. Der überall vorhandene Ueberfluß muß herhalten, um die Not zu lindern. Schafft die rote Einheitsfront, die revolutionäre Führung.

Moskaus Straßenbahnen und Halle?

Ein Rundfunkbericht, der alle Straßenbahner zum Nachdenken Anlaß geben müßte

(Straßenbahnerkorrespondenz)

Am 19. November, 20.55 Uhr, hörte ich über den Kominternsender aus Moskau folgenden Bericht unter Neues vom Tage:

„Die Moskauer Straßenbahn hatte vor der Oktoberrevolution 750 bis 800 Straßenbahnwagen laufen. Jetzt laufen 2250 Wagen und am 1. Januar sollen weitere 250 Wagen in Betrieb genommen werden. Trotzdem aber reichen Personal und Wagenpark nicht aus, um die Massen der Bevölkerung zu befördern. Moskau als Drei-Millionen-Stadt verfügt über eine Schienenstrecke von 500 Kilometer. In den ersten neun Monaten dieses Jahres beförderte sie 1,8 Milliarden Passagiere.

Ueber das Fahrpersonal wurde folgendes berichtet: 12 Prozent der Wagenführer sind Frauen. Bei den Schaffnern ist dieser Prozentsatz 85.

Der durchschnittliche Lohn beträgt 170 Rubel. Im ersten Jahre verdient der Straßenbahner 130 Rubel und der Lohn steigt dann weiter. Erst jetzt haben die Moskauer Straßenbahner wieder eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent erhalten. Die Streckenarbeiter verdienen 130 bis 200 Rubel, auch ihre Löhne sind weiter erhöht.

Die Arbeitszeit betrug vor der Oktoberrevolution 12 Stunden am Tage, nach der Revolution acht Stunden, seit 1930 aber nur noch sieben Stunden. Die Stundenzahl im Monat beträgt 186 Stunden. Werden nach dem Dienstplan die 168 Stunden nicht voll gearbeitet, so werden sie trotzdem voll bezahlt. Werden aber über 168 Stunden gearbeitet, so wird für die Ueberstunden ein Zuschlag von 150 bis 200 Prozent gezahlt.

Beim Hören dieses Berichts dachte ich, daß er den Kollegen Straßenbahnern nicht vorenthalten bleiben dürfte. Wie sieht es hier in Halle aus? Von etwa 140 Motorwagen stehen bald 70 im Depot. Von den ca. 100 Anhängewagen sind wochentags 25 bis 30 im Verkehr, die anderen stehen still. Personal ist abgebaut und auch die Löhne sind abgebaut. Tausende und aber Tausende von Arbeitern und Angestellten sind erwerbslos und können natürlich mit den paar Hungerpfennigen die Straßenbahn nicht mehr benutzen.

Am Sonnabend war aber große Besichtigung durch die Wehag-Direktion. Drei Autobusse standen am Leipziger Turm, in denen die Herren verschwanden, bei denen auch der Sparkommissar Büttner nicht fehlte. Wahrscheinlich sind schon wieder neue Anschläge gegen das Personal und damit aber auch gegen die Hallische Bevölkerung in Vorbereitung. So ist es im kapitalistischen Staat,

für Jubiläumsfeiern, Denkmalseinweihungen, Besichtigungen usw. ist Geld immer genügend vorhanden, sonst aber heißt es immer: Wir brauchen jeden Pfennig.

Diese Aufzählungen sollten den Kollegen Straßenbahnern zu denken geben. Hier, wo man hinsieht, immer weiterer Abbau — in der Sowjetunion aber weiterer sozialistischer Aufbau! Dort im Arbeiterstaat immer weitere Lohnerhöhungen, ständige Verbesserungen des Lebensniveaus der Werktätigen. Hier aber eine immer größere Verelendung der Arbeitermassen.

Wir müssen kämpfen! Der feste Zusammenschluß in der roten Einheitsfront wird den Ausweg schaffen. Der Berliner Verkehrsstreik muß auch für uns ein Signal gewesen sein. Wollen wir kämpfen gegen den Faschismus, gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Hunger und Elend, für ein freies, sozialistisches Deutschland.

Wir brauchen Quartiere!

Am 3. und 4. Dezember findet in Halle der Bezirksparteitag statt. Wir brauchen aus diesem Grunde für die Nacht vom 3. zum 4. Dezember eine Anzahl Quartiere. Wir bitten alle Genossen und sympathisierenden Arbeiter, die dazu in der Lage sind, ein Quartier zur Verfügung zu stellen.

Die Meldungen erfolgen bei den Funktionären der Stadtteile!

Filmabend des Arbeiter-Samariter-Bundes. Vorgeführt wird

„Giftgas!"

Im „Volkspark" am 27. November, 17 und 20 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht teilnehmen. 15 Uhr Kindervorstellung. Eintritt 10 Pf.

Eine kleine Denunziation gefällig?

Ein paar Tage erscheint das Nazioorgan in neuem Gewande. Die Jordan und Genossen scheinen jetzt einen Beruf erfunden haben, den man für gewöhnlich als den Begriff des größten Spießertums darstellt. Am Freitag wird z. B. aus einer Versammlung in Zörbig berichtet, daß der Kommunist Ch. dort erklärt haben soll, daß nicht die Wahl, sondern allein die diktatorische Faust die Waffe sei. Daran anschließend erklärt die „Somit steht fest, daß die KPD gewillt ist, in kürzester Zeit Straßenkampf und Bürgerkrieg überzugehen."

Diese Schlußfolgerung ist besonders kennzeichend für die Leute, die fast täglich zum Mord hetzen. Im übrigen aber, ob das Polizeipräsidium oder die Staatsanwaltschaft für derartige Mitteilungen, wie sie die „MNZ" veröffentlicht, auch acht Groschen zahlen? Burschen sind das. Proleten im Nazilager, her zur [illegible]

Ein falscher Vorstoß der Kohlenhändl[illegible]

Interessengemeinschaft für Hochtreiben der Preise — Not der Erwerbslosen ist schnell verge[illegible]

Am Sonnabend fand eine Versammlung der Hallischen Kohlenhändler statt, die ursprünglich Stellung nehmen sollte zur Abgabe der Erwerbslosenkohlen. Mit den Kleinhändlern waren aber auch Vertreter der großen Kohlengeschäfte und auch ein Vertreter von der Grube von der Heydt erschienen. Diese suchten natürlich die Maßnahmen des Kohlensyndikats zu verteidigen und erklärten,

daß die Klein- und Großhändler höhere Preise fordern müßten.

Durch die nötigen Lokalrunden wurde die richtige Stimmung geschaffen. Einzelne Händler, die Kohlen zu einer Mark verkauft hatten, wurden auf das schärfste kritisiert, und schließlich wurde ein Preis von 1.15 Mark pro Zentner festgelegt, unter dem nichts abgegeben werden sollte.

Gleichzeitig wurde eine Interessengemeinschaft gegründet, zu der die rund 70 anwesenden Kleinhändler je eine Mark Mitgliedsbeitrag zahlen sollten.

In dieser Stimmung hatten die Kohlenhändler die Not der Erwerbslosen völlig vergessen. Sie dachten nur an ihren eigenen Profit. Alle Händler, die unter dem festgesetzten Preis liefern, sollen von der Interessengemeinschaft kaltgestellt werden.

Wie festgestellt wurde, hat sich der Magistrat bei der Festsetzung des Preises von 98 Pfennig für die Erwerbslosenkohlen darauf gestützt, daß sehr oft Kohlen mit 1 Mark pro Zentner und frei Haus offeriert werden. So erzählte der Vertreter der Großhändler, der an den Verhandlungen mit dem Magistrat teilgenommen hatte. Der größte Teil der anwesenden Kleinhändler berauschte sich aber an den Worten des Sparkassenvertreters, der zum festen Zusammenhalt und zur einheitlichen Festsetzung aufforderte und dabei erklärte, daß wenn die [illegible] 1.40 oder 1.50 Mark fordern würden, die Konsumenten [illegible] murren dürften.

Am 26. November soll eine weitere Sitzung dieser Interessengemeinschaft" stattfinden. Den Erwerbslosen wird nicht geholfen. Die Kohlenhändler glauben [illegible] Geschäfte machen zu können, werden sich aber wohl sehr bald [illegible] zeugen müssen, daß ihre Hoffnungen sehr bald zu Wasser [illegible] Die kleinen Gewerbetreibenden hätten viel mehr Anlaß, [illegible] sam mit der Arbeiterschaft gegen derartige Maßnahmen [illegible] kämpfen.

So wird angekurbelt!

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Firma Weiße Söhne sollen am kommenden [illegible] wiederum 30 Arbeiter entlassen werden. Es kommen [illegible] zum größten Teil Verheiratete in Frage mit drei und vier [illegible] während Ledige, deren Vater noch als Meister tätig [illegible] beschäftigt werden. Wir müssen weiter feststellen, daß [illegible] triebe beschäftigter Arbeiter sich schon im dritten Jahre [illegible] bezahlen läßt, während die übrigen Arbeiter kurz arbeiten [illegible] und zur Entlassung kommen. Von all diesem weiß der [illegible] rat unter Anführung des Renegaten Rehnert anscheinend [illegible] nichts.

Das ist auch so ein Zeichen der Ankurbelungsmethoden [illegible] sollen in andere Abteilungen versetzt werden, um hier [illegible] lernentenlohn zu arbeiten. Ueberall glaubt die Firma [illegible] können, aber immer auf Kosten der beschäftigten Arbeiter [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0006

...ngervögte des Kapitals!

...einer Geschäftigkeit, um die ihn jeder germanische und ...Händler beneiden könnte, schachert Hitler um ...ehrposten. Und untereinander streiten die Hitler und ...Goebbels und Frick, wild gestikulierend, darum, welche ...Ministerien und wer sie besetzen soll. Im feinen Hotel ..., wo die Führer der Nationalsozialistischen „Arbeiter“ ...wohnen, wird geseilscht wie in den Bazaren des ...ts.

...immer größer wird die Unzufriedenheit der Arbeit... und der anderen Werktätigen in der NSDAP. Ihre Re...ion wächst. Es gibt aber manche proletarische und werk...Mitglieder oder Anhänger der NSDAP, die sich die Frage ...ob nicht vielleicht doch Hitler oder Straßer als Minister die ...der Volksmassen verbessern werden.

...ichtes damit?

...wird ein Kanzlerjahr oder werden Naziminis...erium die Löhne und die Arbeitslosenunter...ützungen erhöhen, die Massensteuern herunter... und dem Kleingewerbetreibenden und dem Kleinbauern ...Werden sie Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus ...?

...keine Spur! Das gerade Gegenteil ist der Fall!

...unter den Bedingungen, die Hitler für seine Kanzlerschaft und ...NSDAP für die Beteiligung an der Regierung gestellt wurden, ...sich die folgende: „Fortsetzung des wirtschaftlichen Er...ungsprozesses (!), der durch das Kabinett Papen ein...worden ist, und deshalb keine Aufhebung der ...wirtschaftlichen Notverordnungen.“ Mit der Be...ung war Hitler und seine Kumpanei im „Kaiserhof“ von vorn...illig einverstanden.

...also werden die Naziminister tun? Sie werden das massen...ende Wirtschaftsprogramm Papens weiterführen, sie werden ...ronische Notverordnung vom 4. September, die Lohnabbau...e, die die deutschen Arbeiter in den letzten Monaten durch ...Welle von Streiks im ganzen Reich zurückschlagen, erneut in ...nehmen. Noch niedrigere Hungerlöhne, das ist ...programm der Minister Hitler, Straßer, Frick und Co.!

...wie war es mit der Sozialabbauverordnung ...im Juni 1932? Die hat bekanntlich die NSDAP direkt ...t. Die Naziminister werden konsequenterweise auch den be...ten weiteren Abbau der Hungerunterstützungen betreiben! ...Steuern? Eben haben die Naziministerien in ...Freistaat Anhalt die Einführung einer ...Schlachtsteuer beschlossen und das Naziministerium in Meck...burg will folgen. Schlachtsteuer, das heißt verringerter Absatz ...Bauern, verringerter Absatz für die Fleischerläden und ...Fleischer, das heißt so viel wie Verzicht auf das letzte Stück ...für die Arbeiterfamilien.

...besonderer Programmpunkt der NSDAP sind die Feder...ungsmaßnahmen. Sie bedeuten mit einem einzigen Worte, ...verständlichen Worte: Inflation. Durch Geldentwertung ...der Löhne und Unterstützungen und Raub an Millionen ...Sparer!

...Hitler-Partei ist der Hungervogt des Ka...s. Ob Hitler Kanzler wird, ob er oder Straßer Vizekanzler ...von ihnen Innenminister oder Finanzminister wird oder ...Opposition, die neue Diktaturregierung tolerieren — ...Hitler wird die NSDAP im Interesse des verfaulenden ...kapitalistischen Systems, im Interesse des verrotteten deutschen und ...Kapitals aus den Volksmassen das Letzte bis zum ...herauspressen.

...Ausplünderung der Massen bedeutet, der ...Hitler gleichzeitig auch die Niederhaltung der Massen ...die in unerträglichem Elend unmöglich noch schlimmere ...hinnehmen können. Die Hitlerpartei ist denn auch seit ...beschlossen, ein Terrorregime ohnegleichen gegen ...Arbeiterschaft durchzuführen. Was war die Hauptbedingung ...seiner ersten Unterredung bei Hindenburg? Verbot und ...Verfolgung der Kommunistischen Partei. Was schreien ...zu Tag immer toller die Schlagzeilen der Nazipresse? ...gegen den Bolschewismus“, „Nur Hitler kann den Bolsche...wismus bekämpfen“, „Gebt Hitler die Macht gegen den Bolschewis...mus“ die KPD die proletarische Einheitsfront formiert, weil sie gegen Lohnkürzung und Sozialabbau erfolgreich vorgeht, weil sie die einzige antikapitalistische Partei ist, weil sie an der Spitze der Arbeiterschaft steht, weil sie für die soziale und nationale Befreiung rücksichtslos kämpft, weil hunderttausende bisher irregeführter Nazianhänger zur roten Einheitsfront stoßen — deshalb die Blutbetze der NSDAP gegen den Bolschewismus. Die Revolverkugel, die den Kommunisten trifft, gilt der ganzen Arbeiterklasse, dem ganzen werktätigen Volke und dient seiner Versklavung durch das deutsche Kapital und durch Versailles.

Die Hitler-Partei ist der blutige, terroristische Hungervogt des Kapitals, des Ausbeuterpacks an der Ruhr und Spree, an der Seine und an der Themse.

Wollt ihr, Arbeiter und Werktätige, die ihr bislang noch der NSDAP gefolgt seid, die soziale und nationale Befreiung, dann kann euer Platz nur an der Seite der Kommunisten in der kämpfenden Einheitsfront für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus sein, dann kann auch euer Ziel nur die Arbeiter- und Bauernrepublik Deutschland sein.

Derartige Fälle finden volles Verständnis

Das Schöffengericht verurteilte am Dienstag die ehemalige Buchhalterin und Kassiererin der Hallischen Drogistenvereinigung (Hadro) wegen Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis, von denen sie nur 6 Monate absitzen soll.

Frau Lina Wiese ist 41 Jahre alt, sie hat einen 17jährigen Sohn, den sie in die Oberrealschule schickt. Als Buchhalterin des Hadro genoß sie volles Vertrauen, da sie dort seit 1924 beschäftigt war. Sie bekam ein monatliches Gehalt von über 200 Mark netto, dazu eine monatliche Rente von 40 Mark und außerdem Gratifikationen in anständiger Höhe, so daß sie insgesamt 300 Mark Monatseinkommen hatte.

Das aber hat sie nicht abgehalten, in der Zeit von 1929 bis 1932 ihren Arbeitgeber um rund 30 000 Mark zu „erleichtern“. Sie fertigte falsche Rechnungen an, die sie an sich bezahlte. Zur Sicherheit brachte sie sämtliche Kassenbelege um die Ecke. Mit dem Geld wirtschaftete sie ausgiebig. Sie machte große Reisen, ging viel ins Theater, hielt Gesellschaften, gab großzügige Geschenke, mietete eine Wohnung für 75 Mark und kaufte sich in einem Monat für 2400 Mark Wäsche. Ihren Sohn schickte sie zur Erholung ins Bad und gab als Entschuldigung für ihre Unterschlagungen an „ich fürchte mich vor mir selber“.

Großartig, das sollte mal ein erwerbsloser Proletarier versuchen zu sagen, wenn er die Not seiner Familie nicht mehr mit ansehen kann und — Kartoffeln vom Felde holt!!

Diese Vertreterin des Bürgertums fand damit aber volles Verständnis bei Richtern und Staatsanwalt Kehr. Dieser Staatsanwalt, der bei Arbeitern immer nur „eine gewisse Notlage“ sieht, versteht die Angeklagte Wiese und beantragt gerade ein Jahr Gefängnis. Wie hoch wäre das Urteil gegenüber einem notleidenden Erwerbslosen ausgefallen?

Rettet Bartl vor dem Henker!

Kämpft für die Befreiung der 9000 eingekerkerten antifaschistischen Arbeiter. Sammelt für die Winterhilfe der RHD!

Ein erwerbsloser Arbeiter stand vor Gericht

Zu gleicher Zeit fand in einem Nebensaal eine Verhandlung gegen einen erwerbslosen Arbeiter P. aus Querfurt statt. Dieser hatte sich als Versicherungskassierer ausgegeben und sich falsche Papiere angefertigt und wirklich rund 100 Mark Beiträge für sich kassiert. Für diesen Schantrate der Staatsanwalt 10 Monate Gefängnis und das Urteil lautete auf zwei Monate, drei Wochen, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten!! Hieran sieht man den Gegensatz. Den Arbeiter steckte man in Untersuchungshaft, aber die Frau Wiese saß keine Minute in Haft.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die Einwohnerzahl von Halle hat in den letzten Wochen weiter abgenommen; sie beträgt am 1. Oktober 1932 nur noch 201 827 Personen gegenüber 202 776 am 1. Oktober 1931.

Die Verluste der letzten Zeit sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß ganze Familien von Halle fortziehen.

So sind im September 1932 125 Familien fortgezogen und nur 60 Familien in derselben Zeit als Zuzug neu gemeldet worden, so daß sich ein Wanderungsverlust von 65 Familien ergibt.

In derselben Richtung wirkt die gleichzeitige Abnahme der Eheschließungen, deren Anzahl im Vorjahre für Januar-September 1191 betrug, in diesem Jahre aber bisher nur 1041. Diese 150 weniger Eheschließungen bedeuten eine weitere entsprechende Abnahme in der Wohnungsnachfrage in Halle.

Wie wird das Wetter?

Freitag: Noch zeitweise böige westliche bis nordwestliche Winde, im ganzen aber ein wenig ruhiger. Unbeständige Witterung mit Regen- oder Schneeschauern. Temperatur im Flachlande meist zwischen 1 bis 4 Grad Wärme, auf dem Brocken etwa 5 Grad Frost.

Sonnabend: Wieder mildere trübe Witterung mit Regen wahrscheinlich.

Pegelstand der Saale			Pegelstand der Elbe		
Trotha	184	unver.	Torgau	— 26	Fall 6
Bernburg	100	Fall 8	Wittenberg	121	Fall 4
Calbe (oberh.)	152	Fall 2	Roßlau	46	Fall 7
Calbe (unterh.)	56	Fall 10			

Beste Qualitäten
Billigste Preise
Allerfeinste frische
Molkerei-Tafel-Butter
Pfd. 1.40 M.
Unsere „Jubilee“-Margarine
Eine Höchstleistung
Pfd. nur 80 ₰
Rabatt auf alle Waren
Butter Groß-Handlung Hammonia
Verkaufsstellen: Halle, Gr. Ulrichstr. 47
Steinweg 11

Selbst ein Husten, wie ich ihn habe, ist erträglich, wenn ich die wirklich gutschmeckenden Kosa-Husten-Bonbon nehme. Heuten auch Sie sich welche!
Hustenmischung ½ Pfd. 30 Pf.
Bayrischer-Malz ½ „ 30 „
Eukalyptus-Bonb. ½ „ 30 „
Honigkissen mit flüssiger Füllung ½ „ 50 „
Kosa
Schokoladenfabrik
Weitere Verkaufsstellen: Halle, Leipziger Str. 56, Ecke Riebeckplatz / Gr. Ulrichstr. 39 / Bernburger Str. 25 / Gr. Steinstr. 69 Gr. Steinstr. 12 / Schmeerstr. 26 Leipziger Str. 97 / Waisenhausring 1

Frische Margarine 1 Pfd.-Würfel 25 ₰
Margarine frisch v. Faß . 1 Pfd. 29 ₰
Kunstspeisefett . . . . . 1-Pfd.-Tfl. 27 ₰
Ger. Speck . . . 1 Pfd. 75 ₰
Eier (Kühlhauseier od. konservierte) . Stück 8 ₰
Freitag eintreffend:
Frische gr.
Fettbücklinge . 1 Pfd. 20 ₰
Sprotten . 1-Pfd.-Kiste 28 ₰
Fettheringe . 10 Stck. 28 ₰
Pflaumen . 2-Pfd.-Ds. 42 ₰
Milch in Dosen, kl. D. 20 ₰
Milch in Dosen, gr. D. 48 ₰
Ger. Leberwurst 1 Pfd. 50 ₰
Fleischsalat, bek. Qualität . . . . . ¼ Pfd. 9 ₰
Würstchen große 3 Stck. 25 ₰
Weizenmehl . . 1 Pfd. 17 ₰
Stollenmehl 5-Pfd.-Btl. 95 ₰
Sultaninen . . 1 Pfd. 25 ₰
Mandeln . . . 1 Pfd. 100 ₰
Kümmel . . . ¼ Pfd. 8 ₰
Pfeffer, schw. gem. ¼ Pfd. 30 ₰
Walnüsse . . . 1 Pfd. 32 ₰
Haselnüsse . . 1 Pfd. 30 ₰
Landbrot . . . 3 Pfd. 38 ₰
Niedermeier G. m. b. H.
Diese Preise gelten nur für unsere Filialen in Halle

Besonders billig in der „NORDSEE“
Prachtvolle grüne Heringe je 4 auf 1 Pfd. Pfd. 19 ₰
Rezepte zum Braten, Kochen, Marinieren, Geleekochen gratis!
Ferner:
Echte Sprotten 1 Pfund-Kiste nur . . . . 35 ₰
Unsere Kisten wiegen 1 Pfund, es gibt auch noch klein. Kisten, diese haben fast ebensoviel Holz wie Sprotten
Auf jeden Fall probieren Sie unsere neuen deutschen
Fettheringe . . . Stück nur 5 ₰
10 Stück 45 ₰, 5 Stück 23 ₰
Für diesen billigen Preis erhalten Sie eine Delikatesse. Im Geschmack wie Bohotten, dabei viel billiger

Ruhebetten
16.-, 18.-, 25.-, 27.- B. 42.- M.
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Gut und billig! Solide Arbeit!
Möbel
Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Herrenzimmer, Schreibtische, Büfetts, Tische, Stühle, Schränke, Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Ruhebetten und Sofas
G. Schaible
Gr. Märkerstraße 26 am Markt
Reelle Bedienung!
Billigste Bezugsquelle für gute Möbel!

Die altbekannte Firma
Korn & Zöllner
bewährt in Holzleisten, Werkzeugen, Eisenwaren, Baubeschlägen, befindet sich jetzt:
Gr. Steinstr. 14
früher: Brüderstr. 13

Außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Lieskau E. G. m. b. H.
am Sonntag, dem 4. Dezember 1932 nachmittags 3 Uhr im Lokal des Herrn Seibicke
Tagesordnung:
Punkt 1 Wahl eines Vorstandsmitgliedes
Punkt 2 Antrag Scharf u. Genossen betr. Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung
Der Aufsichtsrat
i. A. Albert Knaut, Vorsitzender

Halla
Theater
Ration-Theater Weißenfels
Heute bis Montag:
„Schwarze Husar“
Heute täglich 5, 7 und 9 Uhr
Gust Heinick
Fahrräder, Kraftfahrzeuge
Weißenfels
Fahrrad-Beleuchtung
Karbid
Motorrad-Reparaturen
Fahrräder auf Miete
Heute frisch!
Ia frischer Rippespeer Pfd. 0.88
Kerniger Schmeer . . Pfd. 0.75
Fetter Speck . . . . . Pfd. 0.84
Blut- und Leberwurst Pfd. 0.65
Reines Cocosfett . . . Pfd. 0.33
5% Rabatt
Höppner
Butter-Spezialgeschäfte
Hindenstr. 10 Merseburger Str. 32
Weißenfels
Braunbier
täglich frisch
Mohrenstraße 37
Mein Schlager: Für jede Feier
Süße Bowle — trinkfertig
½ Liter nur —.88 (Engrospreis)
Wein-Meier, Schmale Straße 8
Merseburg
Oefen
Waschkessel, Gruden
Demmer-Herde
Ofenrohre, Roste
Christian Glaser
Reparaturwerkstatt, Gr. Klausstr. 24
Bäckerei — Konditorei
Max Möritz, Karlstraße 1
neben dem Gewerkschaftshaus

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern 75 856 bis 80 848 (Pfandscheine — Februar 1932 —) wird vom 6. Dezember 1932 ab, von 9 Uhr vormittags an, im Leihamt, an der Marktstraße 4, stattfinden.

Versteigert werden 1 Piano, Taschenuhren aller Art, goldene Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Stiefel und verschiedene andere Sachen.

Erneuerungen nur bis zum Sonnabend, den 3. Dezember 1932.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 15. Januar 1933 bis 14. Januar 1934 abgeholen werden.

21. November 1932.

Leihamt der Stadt Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0007

Aufmarsch der Sportler zu den Pressespielen

Am Sonntag, dem 27. November, ist die Arbeiterschaft auf den Sportplätzen der Pressewerbespiele, nachdem sich jeder eine Sportsonderausgabe des „Roten Echos" zugelegt hat.

Sucht die Zeitungsverkäufer vor den Betrieben, an dem Stempelamt und auf der Straße auf. Wichtiges Material über die sportliche Ausbreitung in der Sowjetunion als auch Vorgänge in unserem Landesgebiet ist aus dieser Zeitung zu entnehmen. Zu gleicher Zeit ist diese Ausgabe eine Programmschrift zu sämtlichen Spielen mit Vorschau und Kritik.

Alle Mannschaften sind namentlich aufgeführt!

Die Zeitung ist für jedem unentbehrlich! Herausgabe ab Freitag!

Alle Spiele beginnen 14.30 Uhr.

Halle: Auf dem Stadion am Gesundbrunnen ist ein Süd-Nordspiel angesetzt, dessen Vertreter zumeist als routinierteste Spieler bekannt sind.

Bitterfeld: Hier steht das Spiel der praktischen Solidarität des Bundesvereins Renneritz mit der Kampfgemeinschaft im besonderen Zeichen des Einheitsfrontkampfes der sporttreibenden Arbeiter gegen alle Maßnahmen für eine bessere materielle Lage des Sportbetriebes!

Wittenberg: Auch hier tritt man auf den Plan.

Weißenfels: Am Meilenstein treffen sich technisch gut aufgestellte Bezirksmannschaften. **Diesem Spiel geht ein Bezirkshandballspiel voraus!** Es ist auch an der Zeit, daß die Weißenfelser Handballer einmal den Besuchern ihre Leistung vorservieren.

Zeitz: Unsere Fußballer treten hier ebenfalls im Zeichen der Werbung auf den Plan und melden eine äußerst spielstarke Zusammenstellung.

Eisleben: Hier beginnen die ebenfalls im Extrablatt namentlich veröffentlichte Mannschaften ihr Rennen.

Querfurt: Auch in diesem Ort der Leistung des Fußballsportes, in einem Ort, wo dieser alte Kampfsport eine helle Tradition ist, führt man ein eigenes Treffen durch.

Torgau: Die Leitung des neugeschaffenen Bezirkes geht erstmalig daran, sich im Rahmen einer großen Veranstaltung mit einzureihen. Die spielstärksten Vereine wirken in den kombiniert aufgestellten Mannschaften mit.

Der Bezirk Elsterwerda teilt wie Bitterfeld mit, daß der im Bund stehende Verein Theißa gegen Krissen im eigenen Orte spielt.

Desgleichen läßt dieser Bezirk folgende Ortschaften aufmarschieren: **Prischka, Ortrand und Mühlberg** unter Teilnahme der dort bekannten Vereine.

Vor allen Spielen werden Jugend- oder andere Mannschaften antreten.

Genaues in der Sonderausgabe des „Roten Echos" ersichtlich!

Pressewerbespiel im Zeichen der roten Einheitsfront

Sonntag, den 27. November, „Klassenkampf"—„Rotes Echo". Schirl: „Mitteldeutscher Arbeiter-Sport".
In Bitterfeld zeigen sich die Erfolge unserer Einheitsfrontarbeit.
Der

Bundesverein Renneritz

tritt am kommenden Sonntag zu dem Pressewerbespiel: „Klassenkampf" gegen „Rotes Echo" an, um im Zeichen der roten Einheitsfront für die revolutionäre Presse zu wirken. Auch in den anderen Bezirken steigen diese Spiele, und zwar 14.30 Uhr in Halle, Eisleben, Querfurt, Weißenfels, Zeitz, Torgau und Elsterwerda.

Die Parole für die gesamte sporttreibende und sportinteressierte Arbeiterschaft lautet daher:

Am Sonntag alles zu den Pressewerbespielen der roten Sportler!

Die Berliner Turner in Sandersdorf

Auf der Rückreise vom siegreichen Tournee durch die Schweiz findet am Sonntag, dem 27. November, 20 Uhr, in Sandersdorf der Rückkampf statt. Sorgt für Massenbesuch!

Solidaritätskämpfe in Ringen und Boxen

am Sonnabend, dem 26. November, in Salza

Salza gegen Achilles-Halle

(Mitgl. des Arb.-Athleten-Bundes) (Mitglied der KG)

Der Athletik-Sportverein Salza hat die Verbindung mit der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit aufgenommen und führt obige Kämpfe durch. An der Arbeiterschaft von Salza und Umgegend liegt es, diese Veranstaltung durch zahlreichen Besuch zu unterstützen, um den Verein für unsere Bewegung zu gewinnen.

Unsere Parole lautet: Auf zum Solidaritätskampf Salza gegen Halle!

Achtung, Mitglieder vom TSV-Halle

Am Montag, dem 28. November, 16 Uhr, findet eine außerordentlich wichtige Funktionärversammlung im Heim statt. Kein Vereins-, kein Spartenfunktionär darf fehlen. Vollzähliges Erscheinen der Unterkassierer wird besonders erwartet. Wer noch in Arbeit steht, muß von seiner Arbeitsstelle zur Sitzung kommen. Entschuldigungen gibt es nicht.

Die Schwimmsparte veranstaltet am Sonntag, dem 4. Dezember, 15 Uhr, im Stadtbad ein Schwimmfest. Genossinnen und Genossen, unterstützt die Schwimmsparte durch zahlreichen Besuch!

Letzte Kurzmeldungen

Mit dem Kopf unter dem Lastauto

Der 8jährige Ernst Grimmer, Sohn des Schlächters G. in Crossen a. d. Elster half bei der Reparatur eines vor dem Hof „Deutsches Haus" stehenden Autos. Als er einen in gefallenen Schraubenschlüssel aufheben wollte, fuhr ein Lastzug aus Bremen vorbei, dessen Herannahen der Junge nicht hatte. Die Räder des Lastzuges gingen dem Jungen den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Den des Lastzuges trifft an dem bedauerlichen Unglück keine Schuld.

Düben. Explosion in der Werkstatt. Als Schlosser Krampe in seiner Werkstatt mit Schweißarbeiten einem Trecker beschäftigt war, entstand plötzlich eine Explosion. Durch Sichstlammen wurde Krampe im Gesicht schwer verletzt.

Delitzsch. Verhaftung auch des dritten Brandstifters. Nunmehr konnte auch der dritte Brandstifter, Zschepen und Doberniz verhaftet werden. Es ist dies Fortmann aus Kömmlitz, der nach Leipzig geflüchtet war und von der Kriminalpolizei in einem Nachtasyl aufgegriffen wurde. Die Täter werden dem Untersuchungsgefängnis in Halle zugeführt werden.

Bitterfeld. Mit Leuchtgas vergiftet. Montag nachmittag hat sich ein im Grundstück Pistorplatz wohnhafter Arbeiter durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Grund zur Tat soll Schwermut sein.

Theater, Konzerte, Vorträge

Stadttheater: Am Dienstag, dem 29. November, geht als Erstaufführung „Friedemann Bach", Oper von Paul Graener in Szene. Dirigent: Schüler. Inszenierung: W. Dietrich. Bühnenbild: Heinz Behrens. Es wirken in dieser Aufführung mit die Damen: Elisabeth Grunewald, Margarete Else Leith; daneben die Herren: Fritz Ginrod, Walter Kathammer, Gerhard Berg, August Roesler und Ferdinand Schneider.

Rundfunk-Programm

Freitag, 25. November

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35—8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten). 8.15 Uhr: Wetterdienst und Tagesprogramm. 10.15 Uhr: Was die Hausfrau wissen muß. 12 Uhr: Mittagskonzert. 12.30 Uhr: Besuch der Krippenausstellung. 13 Uhr: Nachrichtendienst. Wetterdienst und Zeitangabe. 13.15 Uhr: Zeitvertreib. 14 Uhr: Kunstberichte. 14.30—14.45 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesamtes Sachsen. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. Kaffeen und andere Getränke. 16—16.15 Uhr: Winterschutz der Pflanzen. 16.30 Uhr: Von Goethe zum Kranjues. 17.30—17.55 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 18 Uhr: Lesestunde mit Büchern. Religionsgeschichte. 18.35 Uhr: Sprachecke. Englisch. 19 Uhr: Wir geben Auskunft ... 19 Uhr: Wir sehen Kunstwerke. 19.30 Uhr: Eichendorff-Stunde. 21 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft. 21.10 Uhr: Unterhaltungskonzert. 22.10 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Zur Unterhaltung (Schallplatten).

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt. Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

IV Der Weg zum Kunden IV

Querfurt

Milch ist das beste, billigste u. unentbehrlichste 6513
Volksnahrungsmittel
Die Molkerei Querfurt stellt den Verbrauchern, ob jung u. alt, Frischmilch in reiner, preiswerter Form zur Verfügung

Sämtliche Holz- u. Polster-Möbel kaufen Sie gut u. billig bei 6516
Fritz Caulwell Merseburger Str. 7

Frischmilch täglich frei Haus durch 6512
R. Rehberg, Klippe

Werbt neue Leser!

R. Otto Höroldt 6514
Trränstr. 8 — Die billigste Bezugsquelle für Lebensmittel aller Art / Tel. 454

Verlangt u. bevorzugt die **Käse** der Firma
Otto Herold, Hinterm Wehr 8 6516

Reserviert

Bad Lauchstädt

Deckt Euren Bedarf an Kohlen bei **Eduard Rosenkranz** 6640
St. Ulrich 17

Rothenburg

Kolonial- und Tabakwaren
Porzellan **Ernst Tarlatt** 6840

Kreischau

Gasthof Paul Röbel
empfiehlt sich bestens 6188

Passendorf

Günthers Landbrot, Passendorf 6529

Fleisch — Wurstwaren
Willy Brendel
6975 Kammstr. 5

Ch. Jordan 6973
Lebensmittel — Hausschlachten
Hallische Str. 3

Lebensmittel
6977 W. Hoppe, Kammstr. 6

Gasthof „Grüne Aue"
Lebensmittel 6974
Hallische Str. 6

Das 1. Gebot: Stets beim Inserenten kaufen!

Dieskau

RITTER
Fleisch- und Wurstwaren
Hallische Straße 14

Restauration „Zur Erholung"
Vereinszimmer — Tanzdiele — Großer Angenehmer Familienaufenthalt

Wörmlitz

Gasthof Wörmlitz
Inh. K. Körner
Auentreff 6645

Merseburg

Lebensmittel-Zentrale
Charlotte Walter, Roßmarkt 4
Mitglied des Rabatt-Sparvereins 6874

Wiese's Festsäle, Teichstr. 33
Versammlungs- und Verkehrslokal 6876

Täglich frisch - Fisch u. Gemüse
K. Nagel, Teichstr. Reinefurtstr. 6878

Hauschl. Wurst, Lebensmittel 6900
Tabak-waren **Karl Siebenhiner,** Teichstraße 47

Centra
Merseburg
Das Haus für Alle! 5856

Kaufe gut u. billig
bei **G. Hoffmann** Merseburg und Rössen 5999

Haus- und Küchengeräte, Glas und Porzellan billig und gut bei 6877
Julius Doppel Nachf.
Gotthardstr. 35

Lederhandlung Gebr. Becker
6642 Breiterstr. 4

Strumpf-Burda
5885 Entenplan 5

5887 **Wilhelm Schöbe** Seitenbeutel 17
Kauft Zigarren, Zigaretten bei Gen. Schöbe!

Pantoffel-Centrale
Markt 7 5997

Felix Koch, Teichstraße 43 5998
Kolonialwaren, Spirituosen
Eigene Schweine-Schlächterei

Empfehle prima Bonbons- u. Tischweine
½ Ltr. v. 32 Pfg. an 5852
Pfalzweinhaus, Roßmarkt 2

Conitzer
WEISSENFELSERSTR. 2
DAS KAUFHAUS FÜR ALLE 6003

Strümpfe, Trikotagen, Wollwaren 6638
Martha Schladitz, Markt 21

Obst, Gemüse, Landwurst 6686
L. Große
Cloßgauer Straße 17

½ Jahr Garantieseife „Kraft 312"
6637 ebenso Lederbefohlung, Reparaturen sauber — billig / Roßmarkt 19

Zentralmarkthalle, Bahnhofstr. 11
Obst, Gemüse, zu Marktpreisen
6197 Weine, Konserven, Landwurst

Obst u. Gemüse, Hauschlachten gut und billig 6635
L. Bernstein, Breitestraße 7

Kauft im **Spirituosen- u.** 6906
Zigarren-Spezialgeschäft

Linoleum — Wachstuche
Summi-Grafmeis
Gotthardstr. 20 6192

Arbeiter-Verkehrslokal „Hertumme"
6187 Burgstr. 1, Ecke Delgrube
— Herabgesetzte Preise —

Fahrräder, Nähmaschinen, Radio, Kinderwagen Reparaturwerkstatt
Paul Klapprodt, Neumarktstor 7 6517

Arbeiter, deckt Euren Bedarf an
Kohlen und Kartoffeln bei 6109
Paul Teich, Friedrichstr. 16—18
Fernsprecher 3246

Mehl - Vertrieb Merseburg
6002 Billiges pa. Weizenmehl
Verkauf nur Sand 24

Zigarrengeschäft, Spezialsorten 6004
Oskar Schädler
Roter Brückenrain 30, Elektr. Mäschenmangel

Albert Echtermeyer
6186 **Käserei,** Lauchstädter Str.
Kernseifen, Schmierseifen, Seifenpulver
6188 Eigene Fabrikate empfiehlt
Wilhelm Fuhrmann, Markt
Franz Wirth, Roßmarkt
6189 Seifenfabrik — Parfümerie
Ernst Boech, Neumarkt
Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte
Kinderwagen
Zigarrenhaus
Edwin Menzel, R. Hitzer
Arbeiter, deckt Euren Butter-Bedarf
Martha Krause, vorm. J. Fr
Weißenfelser Str. 34

Arbeiter-Konsum-Genossenschaft für Merseburg, Leuna u. Umg. 6006

Herren-Bekleidung kaufen Sie am billigsten bei 5864
Atlas, Markt 18

Leuna

Lebensmittelhaus 6196
Gertrud Barth, Sattlerstr. 15

Wengelsdorf-Corbetha

Eure Backwaren sowie Lebensmittel
6611 kauft bei **Paul Jänisch**

Fleischerei- u. Bäckerei-Produktiv-Genossenschaft für Merseburg u. Umg.

Löbejün

Brot- und Feinbäckerei 6836
Werner Berger, Hallische Str. 4

Bäckerei Paul Penne
Hoffmannstr. 3 6837

Klassenbewußte Arbeiter 6838
decken ihren Bedarf nur im **Konsum-Verein**

Brot- und Feinbäckerei 6839
G. Brockhausen, Langestr. 18

Dehlitz

Moderne Wohnungseinrichtungen 6180
empfiehlt bestens
Bau- und Möbeltischlerei

Bäckerei — Materialwaren
6179 **Robert Hauptmann**

Herren- und Damenfriseur 6181
Albin Löser

Seeben

Arbeiter, Eure Einkaufsquelle ist der 6622
Arbeiter-Konsum!

Wehlitz

Kauft Lebensmittel nur bei 6715
Hermann Richter

Bad Dürrenberg

Kauft bei 6699
Strumpf-Hänsgen

G. Siegmeier, Kirchstr. 11
Herren- u. Damen-Konfektion 6607

6606
Eßt mehr Backware!

Herren- u. Damen-Friseur
Alfred Hildebrandt, Wiesenstr. 2 6612

Eure Milch kauft in der 6626
Molkerei Lützen, Neuer Markt 1

Kurprinz-Drogerie 6605
Drogen, Chemikalien, Farben, Photo — R. Mothes

R. Rauschenbach, am Bahnhof
Schweineschlächterei, Wurstwaren 6604

Schkeuditz

Lebensmittel nur bei
Hermann Richter
6716 Schkeuditz

5642
Spart bei der Stadtsparkasse Schkeuditz!

Reserviert 100 5646

Likör-Fabrik Friedrich & Müller
5638 Bahnhofstr. 14

Lützen

Obst, Gemüse, Tiefkühlung bei 6468
G. Weidner, Wilhelmstr. 37

Reserviert 6379

Eßt mehr Fleisch! 6469

MARKT-DROGERIE
G. Ankermann, Wilhelmstraße 21 6469

Eure Backwaren bei 6440
B. Heller, Wilhelmstr. 30

Pörsten

„Fasanenhöhe" Bahnhof Pörsten
Paul Schubert 6182

„Deutsches Schwert"
5868 G. Grube, Mühlstr. 23

Kolonial- u. hauschl. Wurstwaren 5645
Bernhard Kohlmann, Kirchstr. 11

5640 Reserviert N. Sch.

Restaurant „Zur Börse"
5639 Franz Pohle, Leipziger Str. 43

Bruno Friedemann 5641
Schweineschlächterei, Hallesche Str. 64

Kolonialwaren
Oswald Kuhn 5644

Landsberg Bez. Halle

Karl Heinrich Leipziger Str. 7
6747 **Brot- u. Feinbäckerei**

Langendorf

Eure **Lebensmittel** 6441
bei **Lina Daubel**

5647 Besucht die **C. B.-Lichtspiele**

Richard Hildebrand
Konfektionshaus am Wilhelmsplatz

Konzert- u. Ballhaus „Zum Bahnhof"
Inh. Otto Helm, Tel. 362. Sternburg-Bier-Ausschank

Andersens Restaurant
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Sternburg-Bier - Ausschank

Reserviert 6711

Frankleben

Obst- u. Gemüsehandlung
Ernst Warsinsky, Topfmarkt 6

Thießen

Hermann Müller
„Bizuer Stern"
6902 Arbeiterverkehrslokal

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

emagogisches Manöver der Zeitzer SPD-Führer

Kommunistenhetze will der Zeitzer „Schwindelbote" die Erwerbslosen ködern / Werft das Verräterblatt aus den Wohnungen

Seit beschäftigte sich die SPD des öfteren im „Volks- mit der Frage der Erwerbslosen. Einmal stellt sie die am Zeitzer Arbeitsamt fest bei der Abfertigung Anträgen, die vom „Volksboten" als besondere Schika- der Erwerbslosen bezeichnet wird und ein andermal sich die sozialdemokratischen Verelendungspolitiker der Schaffung für 500 Mann durch die Zeitzer SPD-Kreis- Am 2. November brachte die SPD einen Artikel „bei den Erwerbslosen", wo sie sich über die „unsachliche Verbohrtheit" der Zeitzer Erwerbslosen und beschweren und darüber, daß die Erwerbslosen die

SOWJET-Russland VON HEUTE

Die Monatszeitschrift, die am besten über die Sowjetunion informiert

Probenummer soeben erschienen!
Nummer „Fünfzehn Jahre UdSSR."
in allen Buchhandlungen und bei allen
der „Freunde der Sowjetunion"

PREIS 10 Pf.

Forderungen" der SPD als demagogisches Manöver und nur auf ihren eigenen Forderungen beharrten, Erwerbslosen selbst aufstellten und in mehreren Ver- einstimmig annahmen. Zuletzt bringt der „Volks- 3. November erneut einen Artikel: „Sozialpolitik Zeitzer" oder unter dem Motto „Widerlegung des Kommunistischen Spruchs: „Es ist egal, wer oben gemach ihr Herren aus den Bremserhäuschen, einmal so in Siebenmeilenstiefeln für die „Be- Notlage" der Erwerbslosen. Bis zum 6. November anders. Da besann ihr euch doch der Erwerbs- immer vor jeder Wahl, weil ihr sie als Stimmvieh

Stellen in aller Oeffentlichkeit die Frage: „Wie es, daß die SPD mit einemmal ihr Herz für die Zeitzer Erwerbslosen spürt? Und damit wir zur Beantwortung aller oben angeführten Doch zunächst eine grundsätzliche Feststellung.

Kommunisten behaupteten nie: „Es ist gleich, wer oben lende Demagogie der SPD-Führer, sondern wir wenn die Handlungen eines SPD-Staats- oder im Interesse der Durchführung der kapita- Notlastenpolitik in den Ländern und Gemeinden liegen der Notverordnungsbestimmungen oder sonstiger Verschlechterungsmaßnahmen an den breiten werk- tätigen), so sind sie Verräter an der werktätigen Be- und somit dieselben wie ihre reaktionären faschistischen

Sind die Erwerbslosen immer betrogen?

Ist es nun im Zeitzer Arbeitsamt? Waren nicht noch immer sozialdemokratische Beamte (früher Vorsitzende der SPD. Dörfer), die all die Hunderte an den Erwerbslosen durchführten und führen? Arbeitsbeschaffung im Zeitzer Kreise. Jede andere müßte ebenfalls diese Arbeiten des Straßenbaus nehmen müssen, weil es eben eine Notwendigkeit war. es den Kreiswohlfahrtserwerbslosen? Sie unter- sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten. Sie Zuschüssen singen von der Sozialpolitik im Zeitzer Unterstützungssätze sind im wesentlichen tiefer wie Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung wird nirgendwo durchführt wie gerade hier. Wir werden, wenn es mit einer ganzen Reihe solcher Fälle, die wissen sind, dienen.

Zeitzer Wohlfahrtsamt! Alle Zeitzer Erwerbslosen geben sich auch hier keinerlei Illusionen hin, daß unserer Stadtverwaltung eine bürgerlich reaktionäre von diesen Herren freiwillig keine Verbesserung ihrer zu erwarten haben. Sie wissen auch, daß sie diese Hand gegenüber in Schutz zu nehmen haben, sondern der rücksichtslosste Kampf aller Erwerbslosen unter aus ihren Reihen in breitester Einheitsfront selbstgewählten Erwerbslosenausschusses.

Gestattet" ihr, uns einige Dinge in Erinnerung zu es auch unangenehm in den Ohren klingen wird.

SPD-Bonzen wollten die Stadtküche schließen

Wie war es denn, als der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Magistrat unter Führung Löffiers die Stadtküche auf einen Monat schließen wollte, um vielleicht sogar den Versuch zu machen, die Stadtküche für immer zu schließen? Obwohl die Stadtküche manches zu wünschen übrig läßt, verteidigen die Erwerbslosen diese, wobei es zu den blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Wie war es denn, als der sozialdemokratische Magistrat schon einmal die Bezahlung des Stadtküchenessens mit 10 Pfennig beschloß? Hier das Dokument dafür:

Zeitz, den 7. Januar 1931.

Magistratsbeschluß

Betr. Erhöhung des Entgeltes für die Eskarten in der Volksküche und Wegfall der kostenlosen Karten.

„Es sollen grundsätzlich für jede verausgabe Exportion 10 Reichspfennige verlangt werden, mit Ausnahme von Wanderburschen und in besonderen Notfällen.

Herr Stadtrat Leonhardt stimmt dagegen.

Zustimmung der Stadtverordneten soll eingeholt werden" usw.

V. g. u.

gez.: Löffler. Faerber. Dietrich.

(Durch die Erhebung der 10 Pfennig pro Exportion ergibt sich eine Einsparung für die Zeit vom 17. Januar bis 31. März von 10 956 Mark.)

Nur der Druck der Erwerbslosen und das kühne Auftreten der kommunistischen Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung verhinderten die Durchführung dieses Beschlusses.

Dietrich verhöhnt die Erwerbslosen

Wie war es denn, als im Sommer 1930 vom sozialdemokratischen Magistrat die Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität beschlossen wurde und Dietrich als Vorsitzender der SPD diese Mehrbelastung des proletarischen Haushaltes und damit auch der Erwerbslosen sogar noch in der öffentlichen Versammlung verteidigten, aus „Solidarität" angeblich mit den Erwerbslosen. Eine gemeinere Demagogie kann es nicht geben!

Wie war es denn, als im Januar 1931 die 10prozentige Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung laut Notverordnung durchgeführt werden sollte? Da wurde den Zeitzer Erwerbslosen unter Leitung des sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten Stadtrat Schulze die wöchentliche Lichtbeihilfe von 60 Pfennig genommen.

Und als letztes wollen wir noch folgendes anführen: Im Herbst 1930 wurde das Kinderferien- und Erholungsheim auf drei Monate geschlossen, weil die damalige Regierung äußerste Sparsamkeit von ihren Beamten verlangte und der damalige SPD-Finanzdezernent, Dr. Hartwig, kam diesem Verlangen sofort nach und die unterernährten Proletenkinder brauchten keine Erholung mehr, sie konnten weiter hungern.

Wie aber sieht es in den Gemeinden aus, wo heute noch Sozialdemokraten als Gemeindevorsteher oder Bürgermeister sitzen? Werden dort die Notverordnungen der Papen-Regierung a. D. an den Aermsten der Armen nicht in Anwendung gebracht? Es war doch Herr Goldstein, der in jener so stürmischen Versammlung der Erwerbslosen am 2. November wörtlich sagte:

„Wir haben als Stadtverordnete, wenn wir Forderungen für die Erwerbslosen stellen, auch die Pflicht, die Deckung zur Erfüllung dieser Forderungen nachzuweisen."

Das heißt also, dem Staat gegenüber, der noch Hunderttausende an Minister zahlt und den Kapitalisten Millionen als Subventionen in den Rachen werfen kann, haben wir, nach Meinung Goldsteins die Pflicht, den Bankrott der Gemeinden aufzuhalten.

Die rote Einheitsfront wächst im Kampfe gegen die Kapitalistenlakaien

Das A und O der ganzen Angelegenheit aber ist für die SPD-Führer auch in Zeitz: die Massen laufen ihnen in Scharen davon (am 31. Juli gewann die KPD in Zeitz 800 Stimmen, die SPD verlor 409; am 6. November gewann die KPD 696 Stimmen, die SPD verlor wieder rund 400).

Die Zeitzer Erwerbslosen aber werden zu ihren Forderungen, die am heutigen Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden, fest und entschlossen dahinter stehen; sie werden unter Führung ihres revolutionären Erwerbslosenausschusses und der KPD für die Durchsetzung dieser Forderung kämpfen, wie sie das schon mehrere Male bewiesen haben, und damit gleichzeitig kämpfen gegen den bürgerlich reaktionären Magistrat, gegen die ganze herrschende faschistische Klasse und all ihre Trabanten bis zum endgültigen Sieg des Proletariats.

Hinter den Zeitzer KPD-Stadtverordneten stehen nach den letzten Wahlen 4151 Wähler unserer Stadt, hinter dem revolutionären Erwerbslosen-Ausschuß in Zeitz steht die große Mehrheit der Zeitzer Erwerbslosen, das sollten sich alle unsere Gegner bei ihren Handlungen ins Gedächtnis rufen.

Die Rote Hilfe in Kampfstellung

Alle Mitglieder aktiv in der Winterhilfskampagne für unsere 9000 proletarischen politischen Gefangenen

Folgende Beträge gingen bisher bei uns ein: Halle, ASV, Fußballabtlg. 23.53 M., Roitzsch, ASV, Sammlung 3.— M., Freiroda, Arbeitergesangverein „Freies Lied" 6.15 M., Halle-Osten 2.70 M., Halle, KJVD, Sammlung 33.87 M., Halle-Südwest 14.38 M., Leuna 37.69 M., Delitzsch 21.88 M., Könnern, Arbeitergesangverein „Frohsinn", Sammlung 8.— M., Könnern 33.13 M., Halle-Westen 39.35 M., Dieskau 9.90 M., Sandersdorf 14.60 M., Dölau-Schlechtewitz —.30 M., Eilenburg 18.10 M., Schkeuditz 17.95 M., Altranstädt 3.06 M., Halle-Zentrum 18.30 M., Teutschenthal 11.24 M., Gleisen 2.50 M., Gräfenhainichen 39.25 M., Schladitz —.50 M., Heldrungen 1.44 M., Ramsin 1.22 M., Bitterfeld, Baustelle Wegewitz, Feuerwehrdepot 2.75 M., Seeben 12.70 M., Günthersitz 2.30 M., Teuchern 4.— M., Aue b. Zeitz 2.95 M., Belgern 3.17 M., Krostitz 5.15 M., Löbejün 9.— M., Papitz 37.60 M., Gerbstedt 2.40 M., Bitterfeld 17.21 M., Halle-Norden 9.16 M., Eisleben 16.20 M., Greppin 33.— M., Holzweißig 10.80 M., Zeitz 35.28 M., Ammendorf 3.80 M., Frankleben 11.45 M., Mutschau 3.40 M., Wettin 2.— M., Wittenberg 7.50 M.

Unermüdlich sind unsere aktiven Genossen auf den Beinen zur täglichen Kleinarbeit.

Den säumigen Ortsgruppen soll unsere Aufstellung eine Mahnung sein, nun erst recht, trotz Verbote von Veranstaltungen, trotz Burgfrieden, wir schaffens.

Unsere Winterhilfsaktion ist ein Schritt zur Befreiung unserer proletarischen politischen Gefangenen.

Luischenbündlerin gegen Wohlfahrtsempfänger

A.-K. Naumburg. Auf welche gemeine Art und Weise manche Hausbesitzer das Letzte aus ihren Mietern herausholen wollen, zeigte eine Gerichtsverhandlung vor dem hiesigen Amtsgericht. Frau Hausbesitzer Agnes Wusold hatte Klage gegen einen Wohlfahrtsempfänger angestrengt, um durch Gerichtsbeschluß den Wohlfahrtsempfänger zur Zahlung der Hauszinssteuer zu zwingen. Besonders eifrig für die Forderungen der Frau Wusold trat ein ihr Bevollmächtigter, der Kaufmann Bruno Schönherr.

Beide mußten sich jedoch eines anderen belehren lassen. Sie wurden mit ihrer Klage abgewiesen. Frau Wusold ist nach eigenen Aussagen deutschnational und gehört dem Luisenbund an. Das sollte den werktätigen Frauen, die sich noch in diesem bürgerlichen Blümchenverein befinden, genügen, um dieser Organisation den Rücken zu kehren. Laßt diese bürgerlichen Damen unter sich; die werktätigen Frauen gehören in die rote Klassenfront.

Ein Gastwirt der auf Arbeiterkundschaft verzichtet

A.-K. Möhlen. Der Gastwirt Paul Müller, Zöberitz, Post Zörbig, legt nach seinen eigenen Angaben keinen Wert darauf, von Arbeitern besucht zu werden. Aus diesem Grunde bestellte er auch das „Rote Echo" ab. Ebenso hat er auch die Mitglieder des Kraftsportvereins Zöberitz durch Schikanen aller Art dazu gebracht, daß sie sein Lokal verließen. Er hat sich sogar geäußert, die Roten machten ihm bloß den Saal dreckig.

Selbstverständlich werden die klassenbewußten Arbeiter von Zöberitz, Möhlau und Tannepöls dem Wunsche dieses Gastwirts Rechnung tragen.

Gemeinsam gilt es zu kämpfen

A.-K. Naumburg. Die ungeheure Not der Rentner und Kriegerwitwen wird noch verschärft durch das Hinausschieben der schriftlichen Mitteilung der Behörde an die Antragsteller zwecks Stundung der Hauszinssteuer. Es ist durch diesen Umstand zu verzeichnen, daß ein ganzer Teil Rentner und Witwen ihre volle Miete am Anfang des Monats bezahlen mußten. Die Folge davon ist, daß sie heute unter ungeheuren Entbehrungen ihr Leben fristen müssen.

Die Rentner und Witwen müßten, wie es große Teile der Erwerbslosen schon seit langem tun, es ablehnen, die Hauszinssteuer zu zahlen. Die Stadtverwaltung läßt sich Zeit zur Erledigung der Anträge. Die kommunistischen Stadtverordneten werden allen Rentnern mit Rat zur Seite stehen.

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Donnerstag, den 24. November 1932

Die Partei muß führen!

A.-K. Bennstedt. Die Funktionäre der RGO des Ortskomitees Bennstedt führten vor der Wahl zum 6. November einige gutorganisierte Hausagitationen durch, wobei sehr gute Erfolge zu verzeichnen waren. Es wurden in wenigen Stunden vertrieben:

120 Broschüren, 18 Zeitungen, 72 Kampfwahlmarken und 25 Lose zur Bücherverlosung.

Bezeichnend für den Erfolg dieser Arbeit ist, daß über 50 Prozent der Beteiligten parteilose Arbeiter waren.

Zu bemängeln ist hierbei die Passivität der Ortsgruppe der Partei, indem sie nicht die notwendige Aktivität zeigte, sondern sich ins Schlepptau der RGO nehmen ließ. Umgekehrt muß es sein, Genossen von Bennstedt! Nicht hinter den politischen Entwicklungen hergehinkt, sondern, Führer der revolutionären Massenorganisationen und der Arbeiterklasse zu sein, heißt das Tempo unserer Arbeit zu beschleunigen, das Ohr bei den Massen zu haben und die werktätigen Schichten in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung und Befreiung zu führen.

Für die Parteiortsgruppe von Bennstedt und die sich am Orte befindenden Massenorganisationen gilt es im Rahmen des Anheier-Ruhland-Aufgebotes eine wirklich revolutionäre Arbeit zu leisten, das heißt:

Organisierung der Landarbeiter im roten Landarbeiterverband und ihre Mobilisierung zum revolutionären Klassenkampf.

Schaffung einer Arbeiter-Schutzstaffel, damit ähnliche Ereignisse wie in Können sich nicht wiederholen können.

Mobilisiert die Landarbeiterschaft gegen jede weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage, organisiert die Abwehrfront des Industrie- und Landproletariats gegen die Raubzüge der herrschenden Klasse in Deutschland bis zu ihrer endgültigen Liquidierung, für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik.

Kampfbund und Partei in rev. Wettbewerb

A.-K. Pretzsch. Unseren bolschewistischen Gruß dem Bezirksparteitag! Unter dieser Losung hat die Ortsgruppe des Kampfbundes beschlossen, mit der Ortsgruppe der Partei in einen revolutionären Wettkampf zu treten. Unser Kampf bewegt sich in der Richtung der Beschlüsse des 12. Ekki-Plenums sowie der Reichsparteikonferenz auf dem Gebiet:

1. Erweiterung des Abonnentenkreises für „Klassenkampf" und „Rotes Echo".
2. Werbung neuer qualifizierter Mitglieder für Partei und Kampfbund.
3. Verstärkte Organisierung des Einzelverkaufes von „Klassenkampf" sowie Literaturvertrieb.
4. Stärkere Entfaltung der Sammeltätigkeit.

Unser Kampf geht um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zur Uebernahme der Macht. Die erste Kontrolle wird auf dem Bezirksparteitag am 3. Dezember durchgeführt. Wo bleiben die anderen Ortsgruppen?

Merseburg-Querfurt

Für Winterhilfe soll nie Geld vorhanden sein

A.-K. Neumark. Am 2. November hatten die beiden kommunistischen Gemeindevertreter Winterhilfsanträge für alle Unterstützungsempfänger gestellt. Wie schon im „Klassenkampf" mitgeteilt, lehnte der SPD-Vertreter es ab, die Forderungen mit zu unterschreiben. In der vorigen Woche erhielten wir nun vom Gemeindevorsteher folgende Mitteilung:

„Auf Ihre unter dem 2. 11. eingereichten Anträge teile ich Ihnen mit, daß diese nicht erörtert werden können, da Vorschläge über die Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben nicht beigefügt sind.

Gleichzeitig mache ich auf die Verordnung über die Haushaltführung der Gemeinden (Gemeindefinanzordnung vom 2. November 1932) aufmerksam."

Unterzeichnet ist das Schreiben von dem Gemeindevorsteher Steinfelder. Die Begründung seiner Ablehnung ist sehr fadenscheinig. Oft genug haben wir als Kommunisten Deckungsvorschläge für die uns unterbreiteten Forderungen gemacht. Wir schlugen vor, Wohnungsluxussteuer, Besteuerung der großen Vermögen mit 20 Prozent und ebenso der hohen Gehälter über 6000 Mark.

Es wurde ausgerechnet, daß damit eine jährliche Einnahme von rund 50 000 Mark zu verzeichnen gewesen wäre.

Damit könnte nicht nur die Winterhilfe bezahlt, sondern auch auf kulturellem Gebiet für Kinderspeisung usw. erhebliches geleistet werden.

Wenn der Gemeindevorsteher glaubt, sich auf diese Weise vor der öffentlichen Aussprache über die kommunistischen Anträge drücken zu können, so befindet er sich im Irrtum. Wir werden dafür sorgen, daß auch der letzte Arbeiter über die rigorosen Maßnahmen informiert wird. Wir wünschten nur, der Gemeindevorsteher könnte all die Bezeichnungen hören, die von Rentnern und alten Mütterchen für ihn verwandt werden, wenn sie von seinem ablehnenden Bescheid Kenntnis erhalten. Nur weiter so. Immer mehr sehen die Werktätigen ein, daß nur die Kommunisten ihre Interessen und Forderungen vertreten. Wir werden in roter Einheitsfront für unsere Forderungen zu kämpfen wissen.

Wer zögert noch? Nur noch ein Tag Z

Bestellschein für

Ortsgruppe . . . . . .

bestellt . . . . . Stück

Sport-Sondernummern

Illustriertes Rotes Echo

Wochenzeitung ... Werktätigen Mittelständler

Einen Tag vor Lieferung muß die Bestellung im Besitz des Verlages sein

Ab Freitag, dem 25. November, ist die Losung: Massenvertrieb des „Roten Echo", winnt die proletarischen Sportler der bürgerlichen und reformistischen Verbände für die antifa sche Sportfront zur Herstellung der roten Einheit!

Alle unteren Parteieinheiten und roten Sportvereine geben sofort die Bestellung für die reich strierte Sport-Sondernummer auf, unter Angabe der genauen Adresse, wohin die Zeitungen zu l sind.

Unterschrift des Bestellers: . . . . . **Stempel der Ortsgruppe:** . . . . . .

Nirgends Hilfe für die Erwerbslosen

Der Herr SPD-Landrat als getreuer Vertreter der Notverordnungsdiktatur — Kohlenbe zukünftige Bezahlung durch Abarbeiten — Kampf in roter Einheitsfront

Die Schraplauer Erwerbslosen haben aber keine Lust zu warten, bis es den Herren der „gutgewollten Ordnung" gefällig ist, einmal etwas zur Linderung der Not beizutragen. Sie waren gezwungen, sich selbst zu helfen, und sie halfen sich, ohne dabei zu Spitzbuben zu werden.

Fünf Erwerbslose beschlossen, mit einem großen Wagen auf die vollen Halden der Grube „Walters Hoffnung" zu fahren, um Kohlen zu holen. Auf der Grube angekommen, verlangte jeder Erwerbslose drei Zentner Kohlen. Den Beamten wird aber gleich mitgeteilt, daß sie kein Geld haben, aber zu jeder Zeit bereit sind, die Kohlen abzuarbeiten.

Also laden wir auf: 5 mal 3 Zentner sind 15 Zentner Kohlen,

fahren an die Wage heran zum Wiegen und teilen dem Kassierer abermals mit, daß wir zu jeder Zeit bereit sind, den Wert der 15 Zentner Kohlen mit dem Wert unserer Arbeitskraft zu bezahlen.

Den Beamten kam das zwar ein wenig lächerlich vor, doch mit „auf Wiedersehen" schoben die ehemaligen Kumpels der Grube mit ihren 15 Zentnern zum Tore hinaus, nach dem eine halbe Stunde entfernt liegenden Ort Schraplau.

Damit nun auch alles ordnungsgemäß gemacht wurde, beschlossen wir, einen Kumpel zum Bürgermeister zu schicken, um ihm die Sache mitzuteilen. Doch das Telephon war schneller als wir mit unserem schweren Wagen. Als der betreffende Arbeiter die Treppe hoch geht, kommt ihm schon die Polizei entgegen mit den Worten:

„Was haben Sie denn gemacht, ich muß die Kohlen sofort beschlagnahmen!"

Als wir jedoch beide auf die Straße kamen, waren in der Zeit die anderen Kumpels mit dem Wagen verschwunden. Wir werden ja nun abwarten müssen, ob der bekannte Riebeck-Konzern ein Interesse daran hat, daß wir die Kohlen abarbeiten.

Der SPD-Landrat vertröstet auf das Ende der Krise

In der letzten Stadtverordnetensitzung waren von der KPD-Fraktion im Auftrage der werktätigen Schichten Anträge für Kohlen, Kartoffeln, Kleidung usw. eingereicht. Die bürgerliche Fraktion versuchte, diese Anträge abzuwürgen, indem sie immer nur die Deckungsfrage in den Vordergrund stellte. Da es im weiteren Verlauf der Sitzung zu keinem positiven Ergebnis kam, wurde eine Kommission zusammengestellt, die mit dem SPD-Landrat Koch, Eisleben, verhandeln sollte.

In Schraplau werden 70 Prozent aller Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Es wird deshalb sehr begreiflich sein, daß Hungersnot und Elend sich hier in ... Form entfalten. Auch der SPD-Landrat hat, wie es ... von gehört. Wir wurden mit folgenden Worten empf... „Meine Herren, die Not, die Sie mir schildern wollen, ... ich viel, viel besser." Oder aber: „Setzen Sie sich ... meinen Stuhl und handeln Sie nach den gesetzl... Bestimmungen (Notverordnungen usw.)!"

Die ganze geistige „Größe" und politische Ri... digkeit dieses SPD-Landrates kommt aber in ... Worten zum Ausdruck:

„Meine Herren, machen Sie sich keine Illusionen. ... Kapitalismus wird die Krise überwinden."

Wir sehen, daß der SPD-Landrat von Eisleben die ... des Durchführens von Notverordnungen zur brutalen ... drückung und Ausbeutung der Werktätigen ohne die ... schlossenheit der Proleten macht. Vielleicht sind es für ... Potemkinsche Dörfer, daß die ehrlichen SPD-Proleten, ... den Sozialismus wollen, seinen Hungerfeldzug nicht ... werden, sondern ihm den Kampf ansagen durch die Einh... aktion.

Daß bei diesen Umständen durch Verhandlungen mit ... antwortlichen Instanzen des Elends und der Hungers... herausspringen kann, werden jetzt die Erwerbslosen ... Das gleiche Ergebnis hatten wir bei der Verhandlung ... Regierung in Merseburg.

Typisch ist jetzt das Verhalten des Renegaten Ehl... es vorzieht, in der Periode des Herannahens schärfer ... anderseitungen sein Mandat als Stadtverordneter nieder... Hier kennzeichnet sich seine ganze Feigheit und die ... Rolle, die er als Stadtverordneter gespielt hat.

Die steigende Not, das wachsende Elend in den Fa... Erwerbslosen schweißt die rote Einheitsfront immer ... sammen. Millionen von Ausgebeuteten haben begriffen, ... kommunistischen Forderungen: **„Her mit dem Ueberfluß a... Brot und Getreide für die Erwerbslosen und Unte... empfänger!"** richtig sind und in die Tat umgesetzt werden ... Wir appellieren an alle SPD-Arbeiter, mit der verlogenen ... ihrer Führer zu brechen. Unüberwindlich ist unsere Ma... wir unter revolutionärer Führung vorwärts marschieren.

* * *

A.-K. Schraplau. Gemäß einem Beschluß der ... meindevertretersitzung hatte eine Kommission alle ... Schritte beim Landrat wie bei der Regierung in Merseb... nommen, um für die Not in den Familien der Erwerbslo... zu erlangen. Alles war vergeblich, Hohn und Spott ... einzige Antwort!

SPD-Spaltungsmanöver im Konsumverein We

A.-K. Wettin. Am 13. November fand eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Wettin statt. Die Versammlung hatte beschlossen, den Lagerhalter zu entlassen und dafür eine Lagerhalterin zu Tariflohn einzustellen. Ueber diesen Beschluß sind ein Teil der Wettiner SPD-Größen völlig aus dem Häuschen geraten und geben dieser ihrer Empörung auch im „Volksblatt" Ausdruck. Ihre Parole ist: Entweder es geht nach unserem Willen und ihr Genosse Jäckel bleibt Lagerhalter, oder aber, so erklärt der SPD-General von Wettin, Georg Schmieling:

„Wenn Genosse Jäckel entlassen wird, treten wir aus dem Konsum aus und gründen einen Konsum für uns."

Der Sozialdemokrat Kühlewind sagt: **„Der Konsum muß aufgelöst werden."**

In dem Artikel des „Volksblatt" wird aber sogar noch folgendes gesagt:

„Die Verantwortung für die Folgen haben die zu tragen, welche diese Umstellung gewollt haben. Wir handeln so, wie es uns als Genossenschaftler zukommt."

Es ist Tatsache, daß sozialdemokratische Arbeiter aus der Genossenschaft austreten. Ihr „Volksblatt" hat es ihnen ja gesagt, das sich damit in eine Front mit den Nazis stellt, die ebenfalls zum Austritt aus den Konsumvereinen auffordern. Warum wurde denn nun der Lagerhalter Jäckel entlassen?

Erstens ist der Umsatz im Verein wie in allen Genossenschaften erheblich zurückgegangen, einmal durch die ungeheure Notlage, dann durch die Austrittsparole der Nazis und SPD, dann durch Fehler, die trotz der Warnungen letzterer ... Genossenschaftler gemacht wurden.

Weiter bestehen seit Jahren Differenzen zwi... Lagerhalter Jäckel und dem Geschäftsführer Grabe. Beide gehören der SPD an und ... renzen hätten auch ohne Umsatzrückgang ... erfordert. Es ist nichts als Demagogie, wenn das ... blatt" in dem bereits erwähnten Artikel plötzlich ... Konsumgenossenschaften sind nicht dazu da, um jährlich ... Dividende herauszuschustern, sondern die Ware so zu ... kein Mitglied wo anders zu kaufen braucht."

Es ist weiter Demagogie, wenn behauptet wird, daß ... Gebahren nur auf einen der Arbeiterbewegung und ... Brotneid zurückzuführen ist. Die Lagerhalterin erhält ... Tariflohn. Es ist etwas anderes als wie im Konsumverein ... mendorf, über dessen Generalversammlung das ... blatt" ebenfalls berichtet, wo unter Hitlerma... schaft die Gehälter des Verkaufspersonals bis zu 50 ... und mehr abgebaut wurden.

Die Sozialdemokraten betrachten die Konsumvereine ... alleinige Domäne. Dabei muß ihnen auf die Finger ge... den. Die Werktätigen Wettins werden diesen Verrat ... Strich durch die Rechnung machen. Der Konsum bl... stehen, den Nazis und jenem Teil der SPD zum Tr... vernichten wollen. Deckt euren Bedarf im K... verein!

Kein Betrieb
Keine Stempelstelle
Kein Häuserblock

ohne Massenvertrieb der Broschüre:
ERNST THÄLMANN
„Im Kampf gegen die faschistische Diktatur"
20 ₰

Die ganze kapitalistische Welt rüstet zum Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union!
Mit Lüge und Verleumdung und Hetze arbeiten die Feinde der Arbeiterschaft gegen das Land des sozialistischen Aufbaus.

Sorgt für Massenverbreitung der Broschüre von Florin:
Das Weltbild über die Sowjet-Union

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321124-17/fragment/page=0010